



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

31. Jahrgang · Heft 5

Mai 1979

- Grafik des Monats: Landtagswahl 1979
Aufsätze: Eigennutzung von Ferienunterkünften
Bruttoinlandsprodukt 1978
Schüler und Studenten 1964 und 1978
Aus den „Langen Reihen“
Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

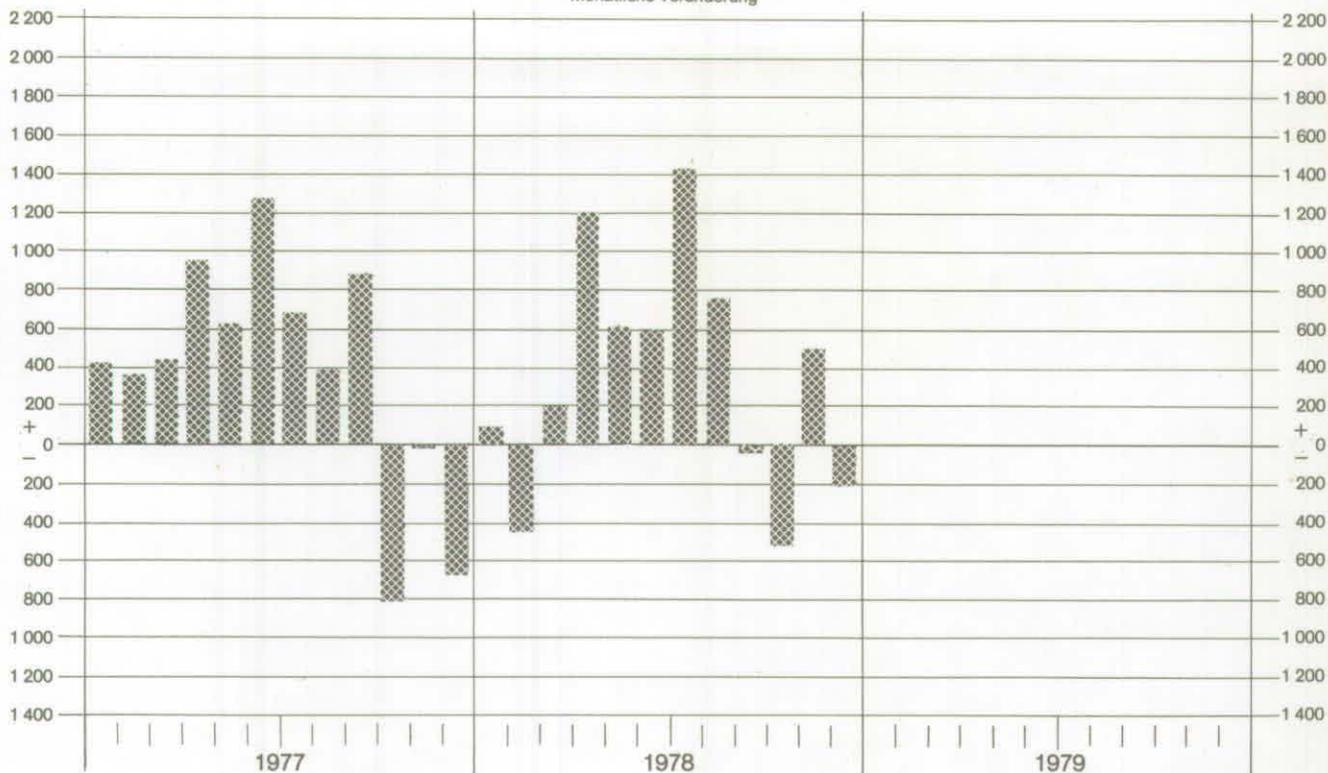
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

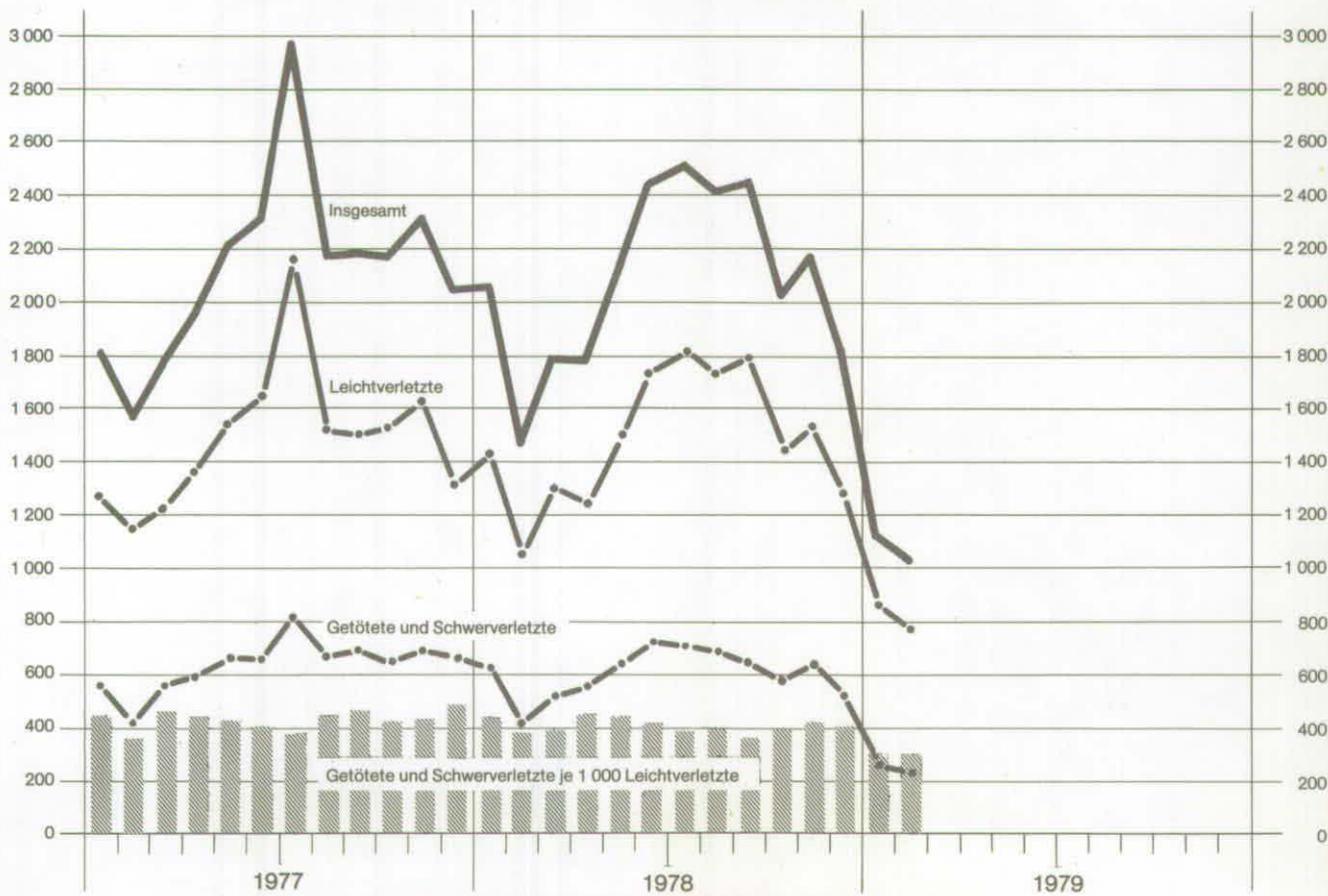


BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Monatliche Veränderung



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 5/79

	Seite
Aktuelle Auslese	105
Aufsätze	
Die Eigennutzung von Ferienunterkünften ...	106
Bruttoinlandsprodukt 1978	111
40 % mehr Schüler und Studenten als 1964..	116
Aus „Lange Reihen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung Schleswig-Holsteins (1950 bis 1975)“	
Konkurse und Vergleichsverfahren	120
Öffentliche Haushalte – Ausgabe- und Einnah- mearten	122
Lohnsteuer	124
Grafik des Monats	114
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen ...	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 11/12 – 1978

Studenten: soziale Herkunft
Gestorbene 1977
Zwischenfruchtanbau

Heft 1/1979

Güterverkehr See
Bauhauptgewerbe
Nordelbische Kirche

Heft 2/1979

Bruttoinlandsprodukt
Bodennutzung in den Naturräumen
Getreideerträge in den Naturräumen
Bautätigkeitsstatistik
Finanzplanung
Pressestatistik

Heft 3/1979

Schleswig-Holstein im Jahre 1978 (Teil 1)

Heft 4/1979

Schleswig-Holstein im Jahre 1978 (Teil 2)



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

31. Jahrgang · Heft 5

Mai 1979

Aktuelle Auslese



Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1978

1978 wurden 12 579 Ehen geschlossen. Bei 12 026 Ehen waren beide Ehepartner Deutsche. 234 deutsche Männer heirateten eine Ausländerin, 284 deutsche Frauen einen Ausländer, in 35 Fällen waren beide Partner Ausländer. 23 185 Kinder wurden lebend und 139 tot geboren. Die 11 991 Jungen und 11 194 Mädchen bedeuten eine Sexualproportion der Lebendgeborenen von 1 071 Jungen auf 1 000 Mädchen. 31 257 Schleswig-Holsteiner starben 1978, 340 von ihnen waren Säuglinge. Die Säuglingssterblichkeit ist gegenüber dem Vorjahr von 13,3 Säuglingen je 1 000 Lebendgeborene auf 14,6 gestiegen, was bei der geringen Zahl der Sterbefälle nicht überbewertet werden darf. Auch 1978 brachte ein Geburtendefizit, und zwar um 8 072 Personen. Seit 1972, dem Beginn der Geburtendefizite, verlor Schleswig-Holstein dadurch 47 762 Einwohner. Nur die Wanderungsgewinne lassen zur Zeit die Bevölkerungszahl noch wachsen.



Lehrernachwuchs an den Seminaren 1979

Den Seminaren des Landesinstituts für Praxis und Theorie der Schule obliegt in Schleswig-Holstein die Berufseinführung des Lehrernachwuchses nach dessen wissenschaftlicher Ausbildung an den Hochschulen. Hier bereiteten sich Ende Januar 1979 1 793 Lehramtsanwärter auf das zweite Staatsexamen vor. Das sind zwar wieder mehr Seminarteilnehmer als 1978 (1 674 Teilnehmer) und 1977 (1 777), aber immer noch weniger als davor, als zeitweise die Seminare von über 2 000 Teilnehmern besucht wurden. Mit 38 % waren auch 1979 die Lehramtsanwärter für Grund- und Hauptschulen die größte Gruppe unter den Seminarteilnehmern, gefolgt von dem Nachwuchs für das Lehramt an Gymnasien (22 %). Jeder fünfte Lehramtsanwärter bereitete sich auf die zweite Realschullehrerprüfung vor. Das zweite Staatsexamen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen strebten 12 %, für das Lehramt an Sonderschulen 9 % der Seminarteilnehmer an.



Verarbeitendes Gewerbe

Die Konjunkturindikatoren für das erste Jahresdrittel 1979 signalisieren eine deutlich positivere Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe, als sie 1978 zu verzeichnen gewesen war. Die Belegung wird allerdings allein von der Inlandsnachfrage getragen. Die Verkaufserlöse der Betriebe expandierten im Vorjahresvergleich um 7 %. Während im Inlandsgeschäft ein Umsatzplus von 9 % erzielt wurde, fiel der Wert der Exporte jedoch um 3 % geringer aus. Die Schwäche der Geschäftstätigkeit mit Kunden im Ausland wird auch durch die Bestelleingänge belegt: Der Wert der geordneten Auslandsaufträge schrumpfte um 44 % unter Vorjahreshöhe; von Kunden im Inland wurden demgegenüber wertmäßig um 9 % gestiegene Aufträge hereingenommen. Die Beschäftigungsschwäche scheint sich zu bessern; Ende April 1979 waren — nach einer über Jahre anhaltenden Phase des Abbaus von Arbeitskräften — in den Betrieben geringfügig mehr Personen tätig als vor Jahresfrist.



Stagnierende Schweinehaltung

Am 3. April 1979 wurden in Schleswig-Holstein 1,96 Mill. Schweine — darunter 210 000 Zuchtsauen, 609 000 Ferkel, 481 000 Jungschweine und 648 000 Mastschweine — gehalten. Bei einer seit 1975 anhaltenden Ausweitung des Schweinebestandes hat sich die Zunahme in den letzten 12 Monaten (+ 1 %) stark abgeschwächt. In Anpassung an die seit dem zweiten Quartal 1978 stark rückläufigen Erzeugerpreise wurde der Mastschweinebestand um 5 % abgebaut. Dagegen erreichte die landeseigene Ferkelerzeugung — bei vermutlich eingeschränkten übergebietlichen Zufuhren — einen neuen Höchststand (+ 5 %). Sie steht mit einem stetig gestiegenen Zuchtsauenbestand im Zusammenhang. Doch fiel der gegenüber Dezember saisonübliche Bestandszuwachs wesentlich geringer aus, die Zahl trächtiger Sauen veränderte sich gegenüber April 1978 nicht, und der Anteil der älteren Sauen vergrößerte sich, so daß die Aufstockung der Sauenhaltung gegenwärtig stagnieren dürfte.

Die Eigennutzung von Ferienunterkünften

Der Urlaub in den eigenen vier Wänden hat in den vergangenen Jahren überall im Lande erheblich an Bedeutung gewonnen. Hierzu haben vor allem die Ferienzentren an der Ostsee beigetragen, die zu Beginn dieses Jahrzehnts entstanden sind. Aber auch an der Nordsee und innerhalb des Landes sind in der Vergangenheit viele Wohneinheiten errichtet worden, von denen ein großer Teil von ihren Eigentümern als Ferienunterkünfte genutzt werden.

Da die amtliche Fremdenverkehrsstatistik nur den entgeltlichen Fremdenverkehr erfaßt, konnte die Frage nach dem Umfang des unentgeltlichen Fremdenver-

kehrs bisher nicht beantwortet werden. Um diese Informationslücke zu schließen, sind zu Beginn des Jahres 1978 die 156 zur Fremdenverkehrsstatistik meldenden Gemeinden gebeten worden, Auskunft über Ferienwohnungen und Ferienhäuser sowie den Umfang ihrer Eigennutzung zu geben. Eine Erfassung des unentgeltlichen Fremdenverkehrs in allen Gemeinden Schleswig-Holsteins kam wegen des damit verbundenen Aufwands nicht in Frage.

Der Fragebogen, der den Gemeinden zur Beantwortung vorgelegt wurde, sah in seinem Hauptteil folgendermaßen aus:

	Insgesamt	davon		
		nur Eigennutzung ③	Eigen- und Fremdnutzung	nur Fremdnutzung ④
Zahl der Wohneinheiten am 1. 4. 1977 ①				
Davon (Schätzungen) A. Wohneinheiten mit 1 Zimmer				
darin durchschnittliche Zahl der Schlafgelegenheiten je Wohneinheit ②				
darin durchschnittliche Zahl der Übernachtungen 1977 je Schlafgelegenheit			Eigen-N. Fremd-N.	
B. Wohneinheiten mit 2 und mehr Zimmern				
darin durchschnittliche Zahl der Schlafgelegenheiten je Wohneinheit ②				
darin durchschnittliche Zahl der Übernachtungen 1977 je Schlafgelegenheit			Eigen-N. Fremd-N.	

Bei allen drei Merkmalen — Wohnungen, Betten, Übernachtungen — sollten die Gemeinden getrennt nach der Nutzungsform der Wohneinheiten antworten. Als Nutzungsformen wurden die reine Eigennutzung, die reine Fremdnutzung (Vermietung an Gäste) und die gemischte Nutzung (Eigen- und Fremdnutzung) vorgegeben.

An das Ergebnis der Gemeindebefragung dürfen nicht dieselben Maßstäbe wie an die Ergebnisse der Fremdenverkehrsstatistik angelegt werden. Einmal war die Mitwirkung an der Erhebung freiwillig, zum anderen ist es den Gemeinden überlassen worden, wie sie sich die zunächst nicht vorhandene Information beschafften.

Wohneinheiten

Die Erhebung bezog sich nur auf Ferienwohnungen und Ferienhäuser. Hierzu wurden — in Übereinstimmung mit der Fremdenverkehrsstatistik — alle in sich abgeschlossenen Wohneinheiten mit Kochgelegenheit gerechnet.

Obwohl die Befragung das Ziel hatte, den unentgeltlichen Fremdenverkehr zu erfassen, waren auch die Wohneinheiten mit reiner Fremdnutzung in einer zusätzlichen Spalte anzugeben. Dadurch sollte verhindert werden, daß die gewerblichen Vermieter von Ferienwohnungen und Ferienhäusern und die einheimischen Privatvermieter, soweit sie Ferienwohnungen anbieten, irrtümlich den eigengenutzten Ferienunterkünften zugerechnet werden.

In der Praxis ist es recht schwierig festzustellen, ob eine Ferienwohnung ausschließlich vermietet, teilweise eigengenutzt oder nur eigengenutzt wird. Zwar beauftragen manche Eigentümer von Ferienunterkünften die Gemeinden oder die Kurverwaltungen, ihre Unterkünfte mit der Auflage zu vermieten, bestimmte Zeiten für die Eigennutzung freizuhalten, was für eine Mischnutzung der Wohneinheiten sprechen würde, in zahlreichen Fällen gibt es jedoch keine derartigen Anhaltspunkte. Diese Fälle könnte man nur dadurch aufklären, daß man die Benutzer der Wohneinheiten befragt, was aber zu aufwendig wäre.

Im folgenden sind als „eigengenutzt“ sowohl die mit „nur Eigennutzung“ angegebenen Wohneinheiten, Schlafgelegenheiten und Übernachtungen gezählt worden als auch der eigengenutzte Teil der gemischt genutzten Einheiten.

Wenn man die Zahl der eigengenutzten Wohneinheiten in den 156 befragten Gemeinden addiert, kommt man

Ferienunterkünfte mit Eigennutzung am 1. 4. 1977

	Zahl der Wohneinheiten			
	nur Eigen- nutzung	Eigen- und Fremd- nutzung	ins- gesamt	Anteil in %
Nordseebäder	4 847	4 099	8 946	38,0
Ostseebäder	6 316	5 367	11 683	49,6
Erholungsorte	1 167	306	1 473	6,3
Übrige Gemeinden	632	821	1 453	6,2
156 Berichtsgemeinden	12 962	10 593	23 555	100

auf knapp 24 000 Einheiten. Erwartungsgemäß konzentrieren sich dabei die Ferienunterkünfte auf die Seebäder. An der Spitze liegen die Ostseebäder mit 11 683 Wohneinheiten. Dahinter folgen die Nordseebäder mit 8 946 Wohneinheiten.

In den Erholungsorten spielt der unentgeltliche Fremdenverkehr eine wesentlich geringere Rolle als in den Seebädern. Obwohl zu dieser Gruppe 58 Gemeinden gehören, liegen sie mit 1 473 Wohneinheiten weit hinter den Seebädern, die sich aus 48 Gemeinden zusammensetzen. Auf die Restgruppe von 50 Gemeinden entfallen 1 453 Wohneinheiten, etwa 1 300 von ihnen stehen in der Luftkurortsgemeinde Sylt-Ost. Zu der Restgruppe gehören die in der Fremdenverkehrsstatistik nachgewiesenen Großstädte, Heilbäder, Luftkurorte und die sogenannten „sonstigen Berichtsgemeinden“.

Für fünf Gemeinden, nämlich zwei Nordseebäder, zwei Ostseebäder und einen Luftkurort (Sylt-Ost), ist die Zahl der Wohneinheiten geschätzt worden. Hierfür

Größe der Ferienunterkünfte mit Eigennutzung am 1. 4. 1977

	Zahl der Wohneinheiten mit		Schlafgelegenheiten je Wohneinheit (mit)		
	1 Zimmer	2 und mehr Zimmern	1 Zimmer	2 und mehr Zimmern	insgesamt
Nordseebäder	2 877	6 069	2,0	3,8	3,3
Ostseebäder	1 589	10 094	2,6	4,4	4,1
Erholungsorte	214	1 259	2,9	3,8	3,7
Übrige Gemeinden	78	1 375	2,7	3,9	3,9
156 Berichtsgemeinden	4 758	18 797	2,3	4,1	3,7

wurde jeweils eine benachbarte Gemeinde mit ähnlicher Fremdenverkehrsstruktur und die Zahl der in der betreffenden Gemeinde vorhandenen Wohnungen herangezogen.

Unter den Ferienwohnungen und Ferienhäusern überwiegen die Wohneinheiten mit zwei und mehr Zimmern. Dazu ist zu bemerken, daß Ferienunterkünfte mit einer Kochnische, einem Bad sowie einem kombinierten Wohn-/Schlafraum als Ein-Zimmer-Wohneinheit gelten. Wie die Tabelle außerdem zeigt, ist der Anteil der Wohneinheiten mit zwei und mehr Zimmern an der Ostsee besonders hoch. Im Durchschnitt gibt es etwa viermal so viele Wohneinheiten mit zwei und mehr Zimmern wie mit einem Zimmer.

Betten

Neben Betten waren bei dieser Befragung auch Liegen und Couches, mit denen viele Ferienwohnungen und Ferienhäuser ausgerüstet sind, mitzuzählen. Deshalb wurde im Unterschied zur Fremdenverkehrsstatistik nicht nach der Zahl der Betten, sondern nach der Zahl der Schlafmöglichkeiten gefragt. Dennoch wird im folgenden vereinfachend von „Betten“ gesprochen.

Die Zahl der Betten je Wohneinheit richtet sich natürlich nach der Größe der Ferienunterkünfte. Deshalb — und wegen der vermutlich unterschiedlich hohen Bettenbelegung in kleineren und größeren Wohneinheiten — wurde zwischen Wohneinheiten mit einem Zimmer und Wohneinheiten mit zwei und mehr Zimmern unterschieden.

Zu den Durchschnittswerten dieser Tabelle haben nicht alle befragten Gemeinden beigetragen. Die Durchschnitte der vorliegenden Antworten wurden jedoch auch als Schätzwerte für Gemeinden verwendet, die die Frage nach der mittleren Bettenzahl je Wohneinheit nicht beantwortet haben.

Für die Wohneinheiten mit einem Zimmer ergibt sich ein Durchschnitt von 2,3 Betten je Wohneinheit, für die Wohneinheiten mit zwei und mehr Zimmern liegt er bei 4,1. Der Wert ist in den Unterkünften mit reiner Eigennutzung fast durchweg geringer als in den Unterkünften mit Eigen- und Fremdnutzung. Dieser Unterschied erscheint plausibel. Wenn nämlich die Unterkünfte nur für eigene Zwecke genutzt werden, haben die

Eigentümer zweifellos ein geringes Interesse, über die Grundausrüstung hinaus noch weitere Schlafmöglichkeiten einzurichten, es sei denn, sie haben so viele Angehörige, daß die Grundausrüstung nicht ausreicht. Im Fall der Vermietung werden die Eigentümer dagegen von vornherein mehr Schlafmöglichkeiten anbieten. Insbesondere die Vermieter kleinerer Wohneinheiten dürften bestrebt sein, zusätzliche Schlafmöglichkeiten anzubieten, um einen größeren Interessentenkreis ansprechen zu können.

Unterschiede in der Bettenausstattung der Wohneinheiten bestehen jedoch nicht nur zwischen den Nutzungsformen der Ferienunterkünfte, sondern auch noch zwischen den in den Tabellen aufgeführten vier Gemeindegruppen. So weisen z. B. die Ein-Zimmer-Wohneinheiten mit gemischter Nutzung in den Erholungsorten durchschnittlich 3,3 Betten je Wohneinheit auf, an der Nordsee dagegen nur 2,1 Betten. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, daß Baugrund in unmittelbarer Nähe der Nordsee verhältnismäßig knapp ist und daß aus diesem Grunde die Wohneinheiten an der Nordsee im Durchschnitt eine geringere Grundfläche und damit weniger Stellfläche aufweisen als die Wohneinheiten in den Erholungsorten, die in der Mehrzahl mehr im Innern des Landes liegen. Die Unterschiede in der Bettenausstattung der Wohneinheiten dürften aber auch auf unterschiedlichen Vorstellungen der Gemeinden bezüglich der Bettenzahl je Wohneinheit bestehen. Diese Vermutung wird durch die verhältnismäßig große Streuung der gemeldeten Werte gestützt. So lag der niedrigste Wert bei den Wohneinheiten mit zwei und mehr Zimmern bei 2,5 Betten, der höchste bei 16,3 Betten.

Bei den Wohneinheiten mit einem Zimmer streute die Zahl der Betten je Wohneinheit nicht so stark. Hier ergaben sich aber auch noch Unterschiede je nach der Nutzungsart. So schwankte die Bettenzahl bei Wohneinheiten mit reiner Eigennutzung zwischen 1,75 und 3,0, bei den Wohneinheiten mit gemischter Nutzung zwischen 1,75 und 5,0.

Die Untergrenze der Betten einer 1-Zimmer-Ferienwohnung liegt vermutlich bei 2 Betten, denn an Wohneinheiten mit einem Bett dürfte wohl kein Interesse bestehen; Obergrenze sind wahrscheinlich vier Betten. Für die Wohnungen mit zwei und mehr Zimmern dürfte dies gerade die Untergrenze sein, eine Obergrenze läßt sich hier nicht angeben, sicherlich sind aber 16 Betten als Mittel zu hoch gegriffen, zumal die Gemeinden ja nicht Ober- oder Untergrenzen, sondern einen Durchschnittswert für die in der Gemeinde vorhandenen Wohneinheiten angeben sollten.

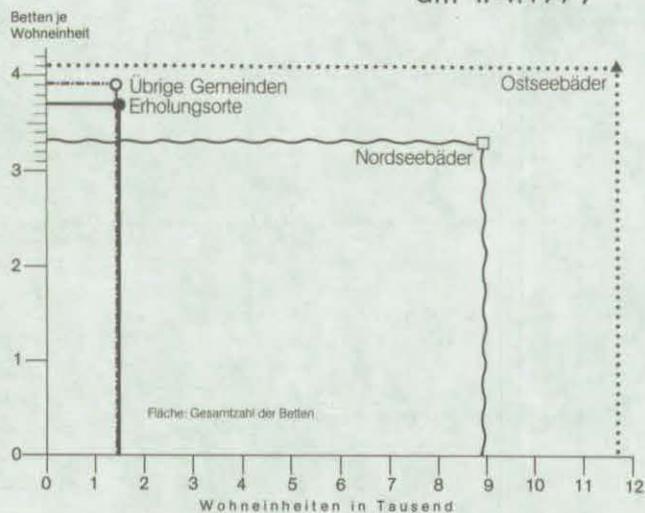
**Zahl der Betten in Ferienunterkünften mit Eigennutzung
am 1. 4. 1977**

	Zahl der Schlafgelegenheiten			Anteil in %
	1 Zimmer	2 und mehr Zimmern	ins- gesamt	
Nordseebäder	5 766	23 312	29 078	32,9
Ostseebäder	4 107	44 053	48 160	54,5
Erholungsorte	629	4 844	5 473	6,2
Übrige Gemeinden	213	5 392	5 605	6,3
156 Berichtsgemeinden	10 715	77 601	88 316	100

Wenn man die Zahl der Betten je Wohneinheit mit der Zahl der Wohneinheiten multipliziert, erhält man als Ergebnis die Gesamtzahl der vorhandenen Betten. Im Jahre 1977 waren es etwas mehr als 88 000. Hierbei handelt es sich um das Nutzungspotential, das den Eigentümern der betreffenden Ferienwohnungen und Ferienhäuser im Jahre 1977 zur Verfügung stand. In welchem Umfang die Eigentümer dieses Potential tatsächlich genutzt haben, wird im Abschnitt „Übernachtungen“ dargelegt. Knapp neun Zehntel der ermittelten Betten entfielen auf Wohneinheiten mit zwei und mehr Zimmern. Daß dies weit mehr ist als dem Anteil dieser Wohneinheiten an der Gesamtzahl der Wohneinheiten entspricht, ergibt sich einfach daraus, daß in den größeren Wohneinheiten im Durchschnitt

D - 5041

**Betten im unentgeltlichen Fremdenverkehr
am 1. 4. 1977**



auch mehr Betten stehen als in den Ein-Zimmer-Wohneinheiten.

Bei den Betten hatten die Ostseebäder einen noch größeren Anteil als bei den Wohneinheiten. Dies ist darauf zurückzuführen, daß an der Ostsee im Vergleich zur Nordsee eine relativ größere Zahl von Wohneinheiten mit zwei und mehr Zimmern vorhanden ist. Insgesamt entfielen auf die Ostseebäder 48 000 Betten, was einem Anteil von 55 % entspricht. Für die Nordseebäder wurden 29 000 Betten gezählt. Dies sind 33 % des gesamten Bettenbestandes. Der Anteil der Erholungsorte und der übrigen Gemeinden am Bettenbestand entspricht mit 6,2 % und 6,3 % etwa ihrem Anteil an den Ferienunterkünften mit Eigennutzung.

Übernachtungen

Bei der durchschnittlichen Zahl der Übernachtungen je Bett ergeben sich zwischen den Gemeindegruppen recht große Unterschiede. Die Intensität der Nutzung ist in den Nordseebädern durchweg am größten. In der Gruppe der übrigen Gemeinden ist sie am geringsten.

**Jährliche Zahl der Übernachtungen je Bett
in Ferienunterkünften mit Eigennutzung**

	Übernachtungen je Schlafgelegenheit im Jahr		
	in Wohneinheiten (mit)		
	1 Zimmer	2 und mehr Zimmern	ins- gesamt
Nordseebäder	79,1	64,2	67,1
Ostseebäder	34,1	41,8	41,1
Erholungsorte	62,7	72,0	70,9
Übrige Gemeinden	24,0	24,6	24,6
156 Berichtsgemeinden	59,8	49,2	50,5

Für die Wohneinheiten mit einem Zimmer in Eigennutzung wurde eine durchschnittliche Bettenbelegung von 60 Tagen angegeben. In den Wohneinheiten mit zwei und mehr Zimmern liegt der Umfang der Eigennutzung dagegen bei 49 Tagen. Der Unterschied erscheint plausibel, da die Übernachtungsmöglichkeiten in größeren Wohneinheiten wohl eher einmal ungenutzt bleiben als in kleineren.

Die geringere Auslastung der Betten in größeren Wohneinheiten im Vergleich zu kleineren Unterküften gilt allerdings nicht für alle Gemeindegruppen. In den Ostseebädern, den Erholungsorten und zum Teil auch bei der Gruppe der übrigen Gemeinden ist es genau umgekehrt. So errechnet sich aus den Angaben der Ostseebäder für die Wohneinheiten mit einem Zimmer in reiner Eigennutzung eine durchschnittliche Bettenbelegung von 40 Tagen, für die Wohneinheiten mit zwei und mehr Zimmern dagegen eine von 54 Tagen.

In den Wohneinheiten mit Eigen- und Fremdnutzung ist der Grad der Eigennutzung durchweg niedriger als in den Wohneinheiten mit reiner Eigennutzung. Dies leuchtet ohne weiteres ein, da die Eigentümer von Ferienunterkünften diese für die Dauer der Vermietung nicht nutzen können.

Die Angaben zur Übernachtungszahl je Bett gehen sehr weit auseinander. Die angegebenen Werte reichen von 8 bis 140 Übernachtungen je Bett.

Eine Bettenbelegung von 140 Tagen im Jahr ist nur als Extremfall denkbar. Um diesen Wert zu erreichen, müßte eine Familie nämlich an jedem Wochenende zu ihrem Feriendomizil reisen, zweimal übernachten und dort außerdem noch 5 Wochen Urlaub verbringen. Erst dann wäre jedes Bett 140mal im Jahr belegt. Auf der anderen Seite sind 8 Übernachtungen je Bett als Durchschnitt für die Bettenbelegung in einer Gemeinde sicher zu gering.

Dem tatsächlichen Umfang der Eigennutzung je Bett in Wohneinheiten mit einem Zimmer dürften die Ostseebäder mit 40 Übernachtungen je Bett in Wohneinheiten mit reiner Eigennutzung und 28 Übernachtungen je Bett in Wohneinheiten mit Eigen- und Fremdnutzung noch am nächsten kommen. Für die Wohneinheiten mit 2 und mehr Zimmern erscheinen die Angaben der Ostseebäder dagegen zu hoch. Realistischer dürften in diesem Fall die Angaben der Gruppe der übrigen Gemeinden sein. Sie kommen im Durchschnitt auf 36 und 16 Übernachtungen je Bett.

Als Produkt aus der Zahl der Übernachtungen je Bett und der Zahl der Betten ergibt sich die Gesamtzahl der Übernachtungen. Legt man der Berechnung die Werte der obigen Tabellen für die Übernachtungen je Bett und die Betten zugrunde, dann kommt man für die 156 Berichtsgemeinden auf insgesamt 4,5 Mill. Übernachtungen aus der Eigennutzung von Ferienwohnungen und Ferienhäusern. Davon entfielen auf die Ost- und Nordseebäder jeweils 2,0 Mill. Übernach-

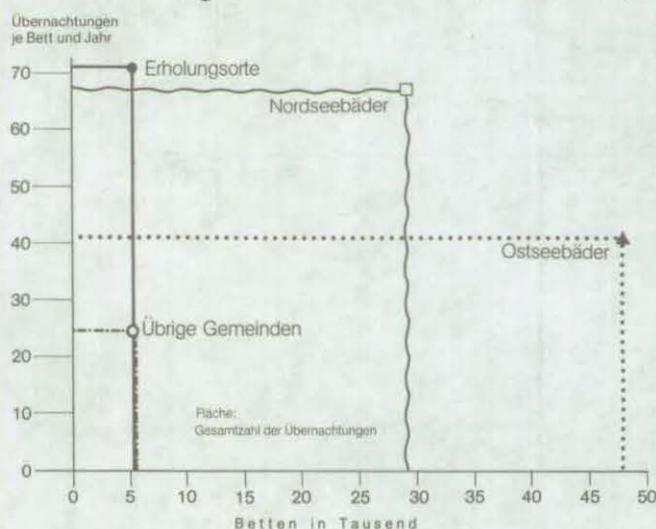
tungen, auf die Erholungsorte 388 000 und auf die übrigen Berichtsgemeinden 138 000 Übernachtungen.

Zahl der Übernachtungen im unentgeltlichen Fremdenverkehr 1977

	Übernachtungen			
	in Wohneinheiten (mit)			
	1 Zimmer	2 und mehr Zimmern	insgesamt	Anteil in %
	in 1 000			in %
Nordseebäder	456,4	1 496,2	1 952,5	43,8
Ostseebäder	140,2	1 840,1	1 980,3	44,4
Erholungsorte	39,4	348,7	388,2	8,7
Übrige Gemeinden	5,1	132,6	137,7	3,1
156 Berichtsgemeinden	641,1	3 817,6	4 458,7	100

Daß die Nordseebäder auf die gleiche Übernachtungszahl kommen wie die Ostseebäder, obwohl von den Nordseebädern 19 000 Betten weniger angegeben wurden, ist darauf zurückzuführen, daß die Nordseebädergemeinden recht hohe Bettenbelegungszahlen angegeben haben. So liegt die durchschnittliche Bettenbelegung aller Wohneinheiten an der Nordsee bei 67 Übernachtungen, an der Ostsee dagegen nur bei 41 Übernachtungen. Besonders kraß ist der Unter-

D - 5042 Übernachtungen im unentgeltlichen Fremdenverkehr 1977



schied bei den Wohneinheiten mit einem Zimmer. Hier stehen 79 Übernachtungen an der Nordsee 34 Übernachtungen an der Ostsee gegenüber. Wenn die Saison an der Nordseeküste auch länger ist als im Bereich der Ostsee, so dürfte dieser Unterschied in Wirklichkeit wohl nicht so groß sein.

Die aus den Angaben der 156 Berichtsgemeinden gewonnenen Übernachtungszahlen beziehen sich auf das Jahr 1977. In diesem Zeitraum wurden im Rahmen

des entgeltlichen Fremdenverkehrs (ohne Kinderheime, Jugendherbergen, Zeltplätze) 24,1 Mill. Übernachtungen gemeldet. Demzufolge kamen 1977 auf 100 Übernachtungen im allgemeinen Fremdenverkehr 19 Übernachtungen im unentgeltlichen Fremdenverkehr der Eigentümer von Ferienwohnungen und Ferienhäusern. Das heißt: Die Eigennutzung von Ferienunterkünften machte etwa ein Fünftel des Fremdenverkehrs gegen Entgelt aus.

Karlheinz König

Bruttoinlandsprodukt 1978

Bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts wird versucht, einerseits möglichst schnell zu sein und andererseits das wirtschaftliche Geschehen möglichst genau darzustellen. Die Genauigkeit hängt davon ab, wie viele durch statistische Erhebungen zusammengetragene Daten eingearbeitet werden, und kostet Zeit. Der Wunsch nach Aktualität konkurriert also mit dem Bestreben nach Genauigkeit. Deshalb wird das Rechenverfahren in mehrere Abschnitte zerlegt. Erste abgesicherte Werte können erstellt werden, wenn für das vergangene Jahr eine Reihe von Wirtschaftsdaten wie Erntemengen in der Landwirtschaft und Umsätze der Industrie und des Handels vorliegen. Damit wird eine Fortschreibung der letzten originär berechneten Werte nach der Methode der symptomatischen Reihen ermöglicht. Das Resultat dieser Berechnungen sind die hier vorgelegten ersten vorläufigen Ergebnisse, die nach fünf Wirtschaftsbereichen dargestellt werden.

Diese Ergebnisse ersetzen die Schnellrechnung, die immer den Nachteil hat, daß zum Zeitpunkt der Berechnung im Januar einige der hierfür erforderlichen statistischen Daten, insbesondere aus der Statistik der verarbeitenden Industrie, noch nicht für alle Monate des abgelaufenen Jahres verfügbar sind. Das grundsätzliche Bemühen, die Genauigkeit der Berechnungen dadurch zu steigern, daß man weitere Daten auch für kleine Teilsektoren der Wirtschaft heranzieht, betrifft nicht nur das gerade vergangene Jahr sondern auch die Vorjahre. Für die Konsumenten hat dieses Verfahren zweifellos den Nachteil, daß sich die Werte der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mehrfach im Zeit-

ablauf ändern und daß immer geprüft werden muß, welche Zahlen im Augenblick der Verwendung Gültigkeit haben.

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach dem ersten vorläufigen Ergebnis wurde 1978 in Schleswig-Holstein ein Bruttoinlandsprodukt von 44,3 Mrd. DM erzielt. Damit lag der Wert um 2,4 Mrd. DM oder 5,8 % über dem Ergebnis des Jahres 1977. Bei der Ermittlung dieser Größen sind die erstellten Güter und erbrachten Dienstleistungen mit den jeweiligen Preisen bewertet worden. Nach einer Bewertung mit den Preisen von 1970 ergibt sich für 1978 in Schleswig-Holstein ein reales Bruttoinlandsprodukt von 28,6 Mrd. DM und eine reale Zuwachsrate von 2,4 %. Danach stecken in dem nominalen Bruttoinlandsprodukt immerhin 15,7 Mrd. DM, die auf die Preissteigerungen seit 1970 zurückzuführen sind. Diese Preissteigerungen geben die Summe der Preisveränderungen bei sämtlichen erstellten Gütern und erbrachten Dienstleistungen einschließlich der Vorprodukte an, wobei sich die Mengen von Periode zu Periode ändern. Es handelt sich hier also nicht um den Anstieg der Lebenshaltungskosten, bei dem für einen konstanten Warenkorb von Gütern des privaten Verbrauchs die Preissteigerungen ermittelt werden. Das große Gewicht des Preisfaktors im Bruttoinlandsprodukt 1978 ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das Basisjahr weit zurückliegt und daß die besonders hohen Preissteigerungsraten der

Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern

Land	Veränderung 1978 ^a gegenüber 1977 ^b in %	
	nominal	real
Hessen	8,3	4,3
Bayern	8,0	3,7
Saarland	7,6	2,7
Baden-Württemberg	7,4	3,0
Nordrhein-Westfalen	7,3	3,0
Hamburg	6,3	3,0
Bremen	6,1	2,1
Niedersachsen	6,0	2,3
Rheinland-Pfalz	5,9	2,0
Schleswig-Holstein	5,8	2,4
Berlin (West)	5,3	2,8
Bundesgebiet	7,1	3,1

a) Erste vorläufige Ergebnisse

b) Vorläufige Ergebnisse

Jahre 1971 bis 1975 in ihm noch enthalten sind. Erst seit 1976 liegen die Preiseraten unter 4 %. Beim derzeitigen Basisjahr 1970 — die Berechnungen des realen Bruttoinlandsprodukts werden demnächst auf das Basisjahr 1976 umgestellt werden — macht das reale Bruttoinlandsprodukt nicht einmal zwei Drittel des nominalen Wertes aus, mehr als ein Drittel liegt in Preissteigerungen begründet. Dabei war der Preisfaktor

mit 3,3 % im Jahre 1978 in Schleswig-Holstein relativ gering. Die durchschnittliche jährliche Preissteigerung seit 1970 beträgt dagegen immerhin 5,6 %. In den einzelnen Jahren seit 1970 war die gesamtwirtschaftliche Preissteigerungsrate in Schleswig-Holstein 1971 mit 7,9% am höchsten und 1978 mit den bereits genannten 3,3 % am geringsten.

Im Vergleich mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den Bundesländern nach der realen Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts liegt Schleswig-Holstein 1978 mit 2,4 % unter dem Durchschnitt von 3,1 % im gesamten Bundesgebiet. Die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande wird durch diesen Vergleich des gesamten realen Bruttoinlandsprodukts nicht ganz zutreffend dargestellt, weil der Wert für Schleswig-Holstein durch die besondere Entwicklung im Staatssektor gestört ist. 1978 haben sich nämlich die Personaleinsparungen im Land und in den Kommunen im Wirtschaftsbereich „Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter“ so stark niedergeschlagen, daß die Bruttowertschöpfung dieses Bereichs in Preisen von 1970 im Jahre 1978 um 2,1 % geringer ist als 1977. Hierbei muß man sich daran erinnern, daß die Entstehungsrechnung des Staates von dem sonst üblichen Verfahren in den anderen Wirtschaftsbereichen von Grund auf abweicht, weil die erbrachten Dienstleistungen nur in den wenigsten Fällen bewertbar sind. Deshalb wird hilfsweise in

Bruttowertschöpfung (unbereinigt) der Wirtschaftsbereiche 1978^a

Bereich	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet			
	Bruttowertschöpfung 1978		Veränderung gegenüber 1977		Bruttowertschöpfung 1978		Veränderung gegenüber 1977	
	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real
	Mill. DM		%		Mill. DM		%	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	3 162	2 583	4,0	8,0	33 800	26 980	0,3	3,8
Warenproduzierendes Gewerbe	16 470	11 004	7,3	1,9	619 040	420 980	8,1	2,6
Handel und Verkehr	6 705	4 498	6,3	4,7	196 410	131 710	6,1	4,5
Dienstleistungsunternehmen	10 563	6 312	7,5	3,5	278 380	166 250	8,0	4,1
Unternehmen insgesamt	36 901	24 397	6,9	3,5	1 127 630	745 920	7,4	3,3
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	8 253	4 508	1,5	- 2,1	169 560	92 500	5,8	2,0

a) Erste vorläufige Ergebnisse

der Entstehungsrechnung des Staates von den staatlichen Personalausgaben ausgegangen. Dieses Konzept hat dadurch den Nachteil, daß Leistungssteigerungen durch Rationalisierung nicht dargestellt werden. Klammert man diesen Wirtschaftsbereich aus und betrachtet nur das wirtschaftliche Wachstum in den Unternehmensbereichen nach der Entwicklung der unbereinigten Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970, dann hat sich die schleswig-holsteinische Wirtschaft überdurchschnittlich entwickelt, denn einer bundesdurchschnittlichen Wachstumsrate der Unternehmensbereiche von 3,3 % steht eine von 3,5 % in unserem Lande gegenüber.

Wie eine weitere Untergliederung der Unternehmensbereiche zeigt, ist dieses überdurchschnittliche Wachstum vor allem auf die Ergebnisse in der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei zurückzuführen. Hier liegt die reale Zuwachsrate — infolge von Preisrückgängen ausnahmsweise über der nominalen — mit 8,0 % um 4,2 %-Punkte über dem Bundesdurchschnitt. Im Handel und Verkehr lag die Wachstumsrate in Schleswig-Holstein geringfügig über der Rate des Bundes, während das warenproduzierende Gewerbe und die übrigen Dienstleistungsunternehmen hinter der Entwicklung im Bundesgebiet zurückbleiben.

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

Einen gewissen Anhaltspunkt über die Struktur der Wirtschaft unseres Landes auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern geben die Anteile der fünf Wirtschaftsbereiche an der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt. Nach einer derartigen Aufgliederung der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen ergibt sich, daß der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes zwar am größten ist, mit 36 % aber erheblich unter dem bundesdurchschnittlichen Gewicht von 48 % bleibt. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern liegt lediglich Hamburg mit ebenfalls 36 % ebenso niedrig. Die höchsten Anteile des warenproduzierenden Gewerbes weisen Baden-Württemberg mit 55 % sowie Rheinland-Pfalz und das Saarland mit jeweils 51 % auf.

An der Spitze aller Bundesländer steht Schleswig-Holstein dagegen mit der relativen Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei. Im Bundesgebiet entfallen auf diesen Wirtschaftsbereich nur 2,6 %, in Schleswig-Holstein ist dieser Anteil mit 7 % mehr als zweieinhalbmal so groß. Auf einen ähnlich hohen Anteil kommt nur noch Niedersachsen mit 5,6 %, während das nächstfolgende Land, Bayern, mit 3,7 % bereits wesentlich darunter bleibt.

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung (unbereinigt) nominal in den Bundesländern 1978^a

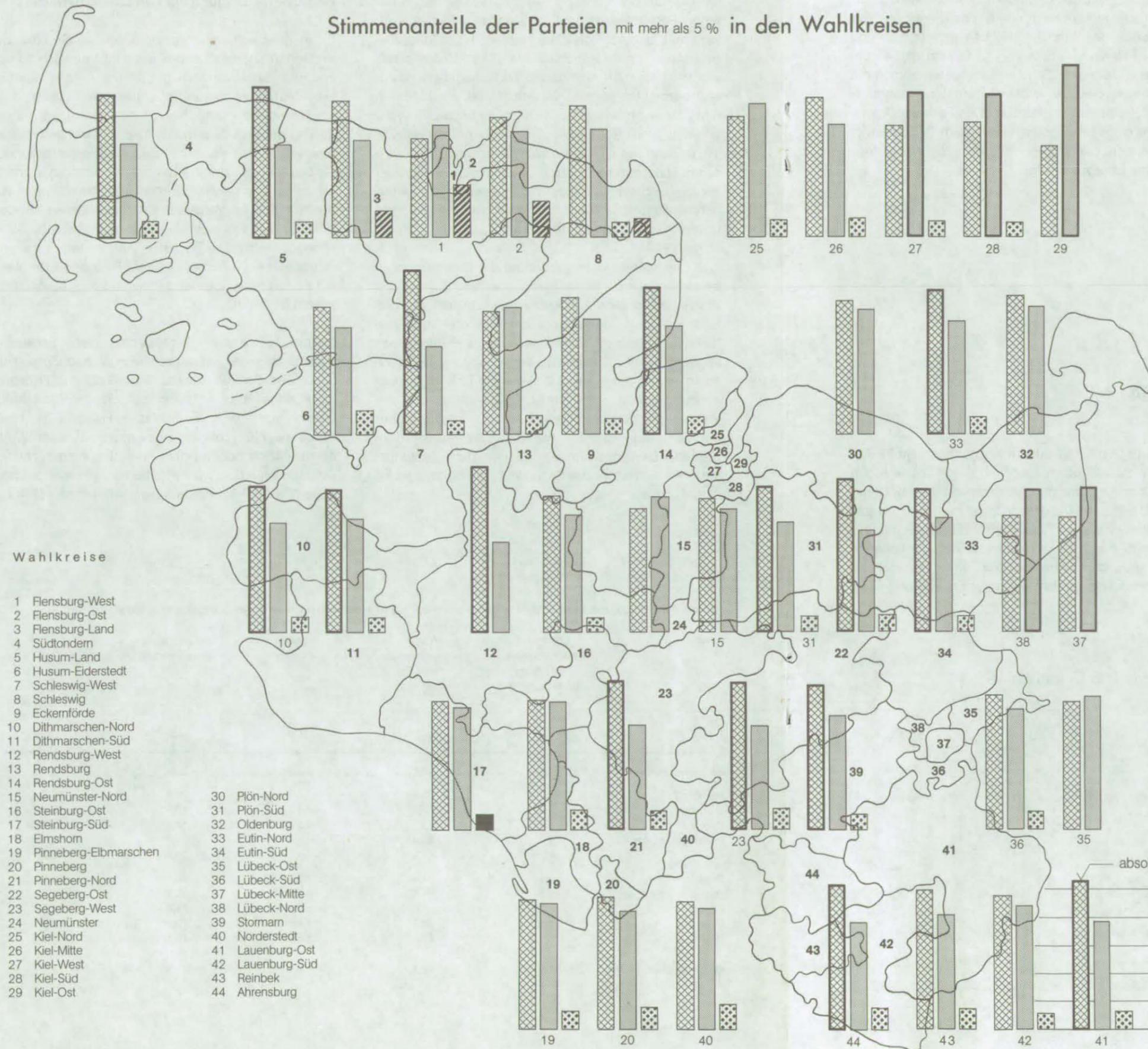
Land	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter
in %					
Schleswig-Holstein	7,0	36,5	14,8	23,4	18,3
Hamburg	0,7	35,5	27,7	25,2	10,9
Niedersachsen	5,6	45,1	14,0	19,4	16,0
Bremen	1,0	43,7	22,6	19,6	13,0
Nordrhein-Westfalen	1,5	49,4	15,3	21,3	12,4
Hessen	1,7	41,4	16,1	28,0	12,9
Rheinland-Pfalz	3,1	51,4	13,0	18,1	14,4
Baden-Württemberg	2,2	54,5	12,6	19,5	11,2
Bayern	3,7	48,0	14,3	21,6	12,3
Saarland	0,9	50,7	14,9	19,9	13,6
Berlin (West)	0,2	48,4	14,3	19,1	18,0
Bundesgebiet	2,6	47,7	15,1	21,5	13,1

a) Erste vorläufige Ergebnisse

DIE LANDTAGSWAHL AM 29. APRIL 1979 IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



Stimmenanteile der Parteien mit mehr als 5% in den Wahlkreisen

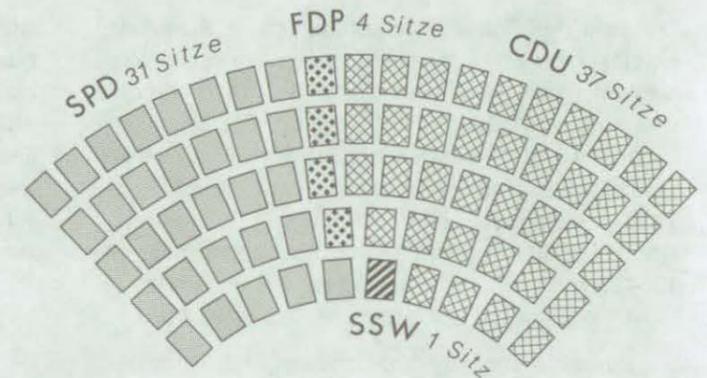


Wahlkreise

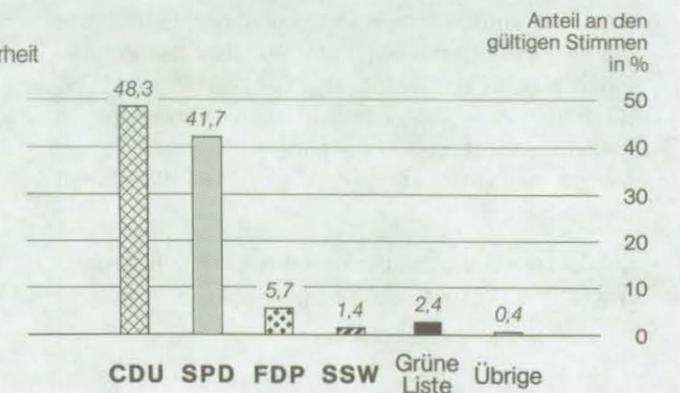
- 1 Flensburg-West
- 2 Flensburg-Ost
- 3 Flensburg-Land
- 4 Südtondern
- 5 Husum-Land
- 6 Husum-Eiderstedt
- 7 Schleswig-West
- 8 Schleswig
- 9 Eckernförde
- 10 Dithmarschen-Nord
- 11 Dithmarschen-Süd
- 12 Rendsburg-West
- 13 Rendsburg
- 14 Rendsburg-Ost
- 15 Neumünster-Nord
- 16 Steinburg-Ost
- 17 Steinburg-Süd
- 18 Elmshorn
- 19 Pinneberg-Elbmarschen
- 20 Pinneberg
- 21 Pinneberg-Nord
- 22 Segeberg-Ost
- 23 Segeberg-West
- 24 Neumünster
- 25 Kiel-Nord
- 26 Kiel-Mitte
- 27 Kiel-West
- 28 Kiel-Süd
- 29 Kiel-Ost
- 30 Plön-Nord
- 31 Plön-Süd
- 32 Oldenburg
- 33 Eutin-Nord
- 34 Eutin-Süd
- 35 Lübeck-Ost
- 36 Lübeck-Süd
- 37 Lübeck-Mitte
- 38 Lübeck-Nord
- 39 Stormarn
- 40 Norderstedt
- 41 Lauenburg-Ost
- 42 Lauenburg-Süd
- 43 Reinbek
- 44 Ahrensburg

Sitzverteilung
im schleswig-holsteinischen Landtag

Insgesamt 73 Sitze



Landesergebnis



Zusammen mit dem warenproduzierenden Gewerbe bildet die Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei den produzierenden Bereich insgesamt. Beide zusammen kommen in Schleswig-Holstein auf einen Anteil von 43 %, so daß in unserem Lande merklich weniger als die Hälfte der gesamten Bruttowertschöpfung aus der Produktion kommt; im Bundesgebiet ist es dagegen immer noch etwas mehr als die Hälfte, wenn auch mit 50,3 % nur ganz geringfügig mehr.

In Schleswig-Holstein prägt damit der Dienstleistungsbereich oder tertiäre Sektor bereits ganz entscheidend die Struktur der Wirtschaft. Neben dem Handel und Verkehr mit einem Anteil von 15 % sind dies insbesondere die übrigen Dienstleistungsunternehmen mit einem Anteil von 23 %. Aber vor allem der Wirtschaftsbereich „Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter“ trägt in Schleswig-Holstein, nicht zuletzt wegen des Verteidigungssektors, zu diesem Übergewicht bei.

Peter Möller

40 % mehr Schüler und Studenten als 1964

Die Zahl der Schüler und Studenten in Schleswig-Holstein hat sich in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten, nämlich von 1964 bis 1978, um 40 % erhöht, und zwar von 389 000 auf 546 000. Die allgemeinbildenden und die berufsbildenden Schulen sowie die Hochschulen in unserem Lande hatten damit Ende 1978, d. h. im Schuljahr 1978/79 und im Wintersemester 1978/79, insgesamt 157 000 Besucher mehr als 1964. Damals gehörten 16 % der Einwohner Schleswig-Holsteins zu diesen Lernenden, heute sind es 21 %.

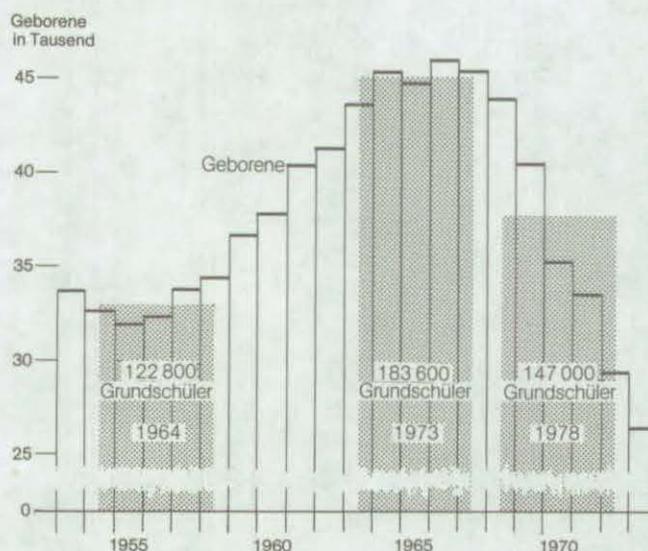
Die Zunahme von 157 000 Schülern und Studenten in dem genannten Zeitraum ist auf zwei Faktoren zurückzuführen. Der eine ist die Veränderung des für Schul- und Hochschulbesuch in Frage kommenden Bevölkerungsteils in seinem Umfang und in seiner Altersstruktur, der andere kann als „Strukturwandel in der Ausbildung“ bezeichnet werden. Hierunter sind alle schulorganisatorischen und bildungskonzeptionellen Maßnahmen der letzten 15 Jahre zu verstehen. Es läßt sich nun errechnen, daß von der Gesamtzunahme ungefähr zwei Drittel auf den Einfluß des ersten Faktors und ein Drittel auf den des zweiten Faktors entfallen. Das heißt, 104 000 Schüler und Studenten sind aus demografischen Gründen hinzugekommen und 53 000 aus anderen Gründen. Dieses Mengenverhältnis ist in den einzelnen Schularten unterschiedlich.

Die Zahl der Grundschüler, die infolge des anhaltenden Geburtenrückgangs seit einigen Jahren rückläufig

ist, war 1978 mit 147 000 immer noch um ein Fünftel oder um 24 200 höher als 1964. Beide Werte liegen aber erheblich unter dem Maximalwert von 1973 mit 183 600 Schülern. Die Grundschülerzahl hängt nahezu ausschließlich von der Geburtenzahl ab. Wenn man zur Beobachtung nur zwei voneinander entfernt liegende Jahre auswählt, dann werden unter Umständen zwischenzeitliche Umbrüche in der Entwicklung über-

Geborene und Grundschüler

D - 5038



deckt. Hier liegen die Grenzen von punktuellen Untersuchungen. Im Bild sind deshalb drei Schuljahre berücksichtigt.

Das Bild zeigt die Geborenenzahlen aus jeweils fünf Jahren, aus denen sich die Grundschülerzahlen der Schuljahre 1964/65, 1973/74 und 1978/79 ganz überwiegend zusammensetzen. Die Grundschüler im Mai 1964 sind im wesentlichen 1954 bis 1958 geboren, die Grundschüler im Herbst 1973 in den Jahren 1963 bis 1967 und die Grundschüler 1978 in den Jahren 1968 bis 1972. Dabei wurde die Zahl der Lebendgeborenen verwendet und darauf verzichtet, sie mit ihren Veränderungen — Gestorbene, Zu- und Fortgezogene — bis zum Grundschulalter fortzuschreiben. Diese Ausschnitte aus der Geburtenentwicklung verdeutlichen, daß die fünf grundschulrelevanten Jahrgänge für das Schuljahr 1964/65 etwa gleich schwach besetzt sind und daß die entsprechenden Zahlen für das Schuljahr 1973/74 auf gleichbleibend hohem Niveau liegen. Die fünf Geburtsjahrgänge, aus denen sich die Grundschüler 1978/79 zusammensetzen, sind dagegen unterschiedlich groß. Sie umfassen zwischen 43 800 (Geburtsjahr 1968) und 29 400 (Geburtsjahr 1972) Lebendgeborene, und die im Bild abzulesende Kurve zeigt stark fallende Tendenz.

Die Zahl der Grundschüler war 1978 — wie bereits erwähnt — um 20 % höher als 1964. Da allgemeine Schulpflicht besteht, müssen alle Kinder, abgesehen von den wenigen nicht grundschulfähigen Kindern, die Grundschule besuchen. Die Veränderung der Grundschülerzahl 1978 gegenüber 1964 sollte also eigentlich nur durch die Altersstruktur bedingt sein, der erhobene Wert 1978 müßte dem Erwartungswert entsprechen. Tatsächlich stimmen aber beide Werte nicht überein. Die Schulstatistik vom Herbst 1978 weist 147 000 Grundschüler aus, nach den demografischen Grundlagen dürften es aber nur 141 000¹ sein. Diese Differenz hat somit Gründe, die — wie es eingangs genannt wurde — im „Strukturwandel der Ausbildung“ zu suchen sind, zum Beispiel neue Möglichkeiten, ein vom Schulbesuch zurückgestelltes Kind in einen Schulkindergarten aufzunehmen; Veränderungen im Verhalten der Eltern beim Einschulungstermin ihrer Kinder — sie können beantragen, daß Kinder, die erst im zweiten Halbjahr das 6. Lebensjahr vollenden, bereits zum Schuljahresanfang eingeschult werden — und

1) Diese Zahl errechnet sich sogar um noch etwa 1 500 niedriger, wenn man die Verlegung des Schuljahresbeginns vom Frühjahr (1964) auf den Herbst (1978) berücksichtigt.

Schüler und Studenten in Schleswig-Holstein 1964 und 1978

Schulart	Schüler und Studenten		
	1964	1978	Veränderung
Grundschule	122 792	146 995	+ 24 203
Hauptschule	91 576	81 601	- 9 975
Sonderschule	10 452	21 834	+ 11 382
Realschule, Abendrealschule	41 394	90 872	+ 49 478
Gymnasium, Abendgymnasium, Kolleg	33 439	84 089	+ 50 650
Integrierte Gesamtschulversuche, Freie Waldorfschule	452	3 629	+ 3 177
Berufsschule	67 868	76 183	+ 8 315
Übrige berufsbildende Schulen ¹	11 385	20 249	+ 8 864
Hochschulen	9 987 ^a	20 908	+ 10 921
Insgesamt	389 345	546 360	+ 157 015

1) Berufsfachschule, Berufsaufbauschule, Fachoberschule, Fachgymnasium, Berufsakademie, Fachschule, Schulen des Gesundheitswesens

a) Aus Gründen des Vergleichs einschließlich Ingenieurschulen und höhere Fachschulen, die erst 1969 Fachhochschulen wurden

Veränderungen im Verfahren für das Aufsteigen von Klassenstufe zu Klassenstufe (Versetzen, Wiederholen).

In dem Bild über die Veränderung der Zahl der Schüler und Studenten 1978 gegenüber 1964 erscheint die Veränderung der Altersstruktur der Lernenden, also die demografische Komponente, als Höhenunterschied der Säulen „1964“ und „1978 Erwartungswert“. Das zweite Moment, der Strukturwandel in der Ausbildung, kommt in der Differenz zwischen den beiden 1978er Säulen „Erwartungswert“ und „Erhobener Wert“ zum Ausdruck.

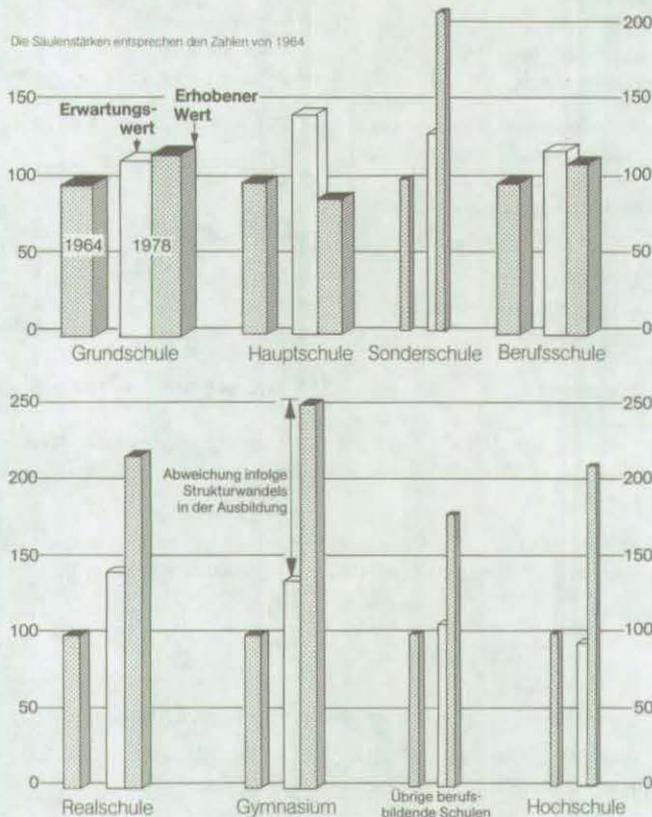
Der erhobene Wert 1978 für die Zahl der Hauptschüler ist niedriger als der Erwartungswert. Aus demografischen Gründen und von der Struktur 1964 ausgehend hätte es 1978 mindestens 131 000 Hauptschüler geben müssen; es waren aber nur 81 600, sogar fast 10 000 weniger als 1964. Das bedeutet, daß die Hauptschule sehr viele Schüler — rechnerisch nahezu 50 000 — an andere Schularten verloren hat, und zwar an die Sonderschule, an die Realschule, an das Gymnasium und — auch wenn es wegen der Kleinheit der Zahlen nicht ins Gewicht fällt — an integrierte Gesamtschulversuche (einschließlich Freie Waldorfschule). Diese Schularten lassen einen deutlichen Strukturwandel erkennen. So haben sich die Zahlen der Sonderschüler (+ 109 %), die der Realschüler (+ 120 %) und die

Veränderung der Zahl der Schüler und Studenten 1978 gegenüber 1964

D - 5039

Erwartungswerte gemäß der Altersstruktur

1964 = 100



gangsquoten aus der Grundschule und durch niedrigere Abgangsquoten während der Gymnasialzeit.

Im Bereich der berufsbildenden Schulen (ohne Berufsschule) liegt der erhobene Wert 1978 gleichfalls über dem Erwartungswert. Die Nachfrage nach diesen Schulen ist erheblich größer, als aufgrund der Bevölkerungsentwicklung zu erwarten war. Diese Aussage ist ungemein pauschal, da sich hinter dem Begriff „berufsbildende Schulen“ sehr ungleichartige Schularten (Berufsfachschule, Berufsaufbauschule, Fachoberschule, Fachgymnasium, Berufsakademie, Fachschule, Schulen des Gesundheitswesens) mit einer Fülle von Ausbildungsmöglichkeiten und Abschlußqualifikationen verbergen. Im Rahmen der hier grob angelegten Untersuchung ist es jedoch nicht möglich, im berufsbildenden Bereich schulartsspezifische Aussagen zu machen. Die Schülerzahlen sind zum Teil zu klein, um berechnen zu können, in welchem Maße ihre Veränderungen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten auf Strukturveränderungen im demografischen oder im Ausbildungsbereich zurückzuführen sind.

Die Zahl der Berufsschüler — 1978 waren darunter 86 % Jugendliche mit einem Ausbildungsverhältnis — hätte gemäß der Veränderung der Altersstruktur von 1964 auf 1978 um 20 % ansteigen müssen; sie weist aber lediglich eine Zunahme von 12 % auf. Dies hängt vermutlich mit dem hohen Zugang zu Gymnasien und zu den anderen berufsbildenden Schulen zusammen.

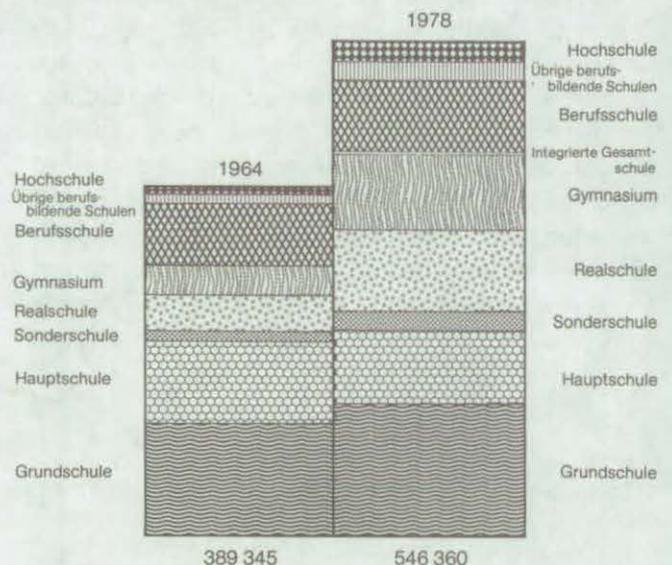
der Gymnasiasten (+ 152 %) zwischen 1964 und 1978 mehr als verdoppelt. Nur ein Teil dieser Zunahmen ist auf das Hereinwachsen stärkerer Geburtsjahrgänge zurückzuführen:

Schulart	Veränderung der Schülerzahl 1978 gegenüber 1964 in %		
	insgesamt	davon durch Veränderung der	
		Altersstruktur	Ausbildungsstruktur
Sonderschule	+ 109	+ 30	+ 79
Realschule	+ 120	+ 42	+ 78
Gymnasium	+ 152	+ 36	+ 116

Besonders eindrucksvoll ist die Verdoppelung der Zahl der Gymnasiasten durch Veränderung der Ausbildungsstruktur, d. h. im wesentlichen durch höhere Über-

D - 5040

Zusammensetzung der Schüler und Studenten nach der Schulart



Durch diese Entwicklung dürfte der Anteil der nicht oder nicht mehr Berufsschulpflichtigen langfristig größer geworden sein. Jugendliche werden z. B. gar nicht erst berufsschulpflichtig, wenn sie nach der Fachhochschulreife oder dem Abitur auf eine Hochschule überwechseln, oder sie sind z. B. nicht mehr berufsschulpflichtig, wenn sie ohne Ausbildungsverhältnis sind und eine Berufsfachschule erfolgreich abgeschlossen haben oder volljährig geworden sind.

Im Hochschulbereich wurde von der Annahme ausgegangen, daß die Zahl der Schleswig-Holsteiner, die außerhalb des Landes studieren, durch Studenten aus anderen Bundesländern ausgeglichen wird. Das ist nicht ganz korrekt, da aus der Sicht Schleswig-Holsteins der Export von Studenten größer ist als der Import. Da dieser Fehler aber in den Studentenzahlen beider Beobachtungssemester enthalten ist, dürfte er für die hier anzustellende Betrachtung nicht gravierend sein. Um die Studentendaten der beiden Beobachtungssemester vergleichbar zu machen, wurden außerdem die Ingenieurschulen und höheren Fachschulen, die erst seit 1969 zum Fachhochschulbereich zählen, bereits 1964 den Hochschulen zugeordnet. Trotz dieser Auf-

stockung der Anfangswerte ergibt sich im Zeitraum 1964 bis 1978 eine Zunahme der Studentenzahl auf mehr als das Doppelte (+ 109 %). Nach den demografischen Umständen hätte die Studentenzahl in diesem Zeitraum um ungefähr 6 % sinken müssen. Die Jugendlichen der extrem geburtenstarken Jahrgänge 1962 bis 1968 befinden sich nämlich noch überwiegend im Schulbereich, und zwar in den Klassenstufen 5 bis 10. Sie rücken jetzt nach und nach in die gymnasiale Oberstufe vor, so daß der Studentenbergr der geburtsstarken Jahrgänge erst in den kommenden Jahren zu erwarten ist. Die heutige Fülle in den Hochschulen ist somit ausschließlich auf den „Strukturwandel in der Ausbildung“ (mehr Zugänge zu den Hochschulen, längere Studiendauer) zurückzuführen. Da aber das Hochschulstudium in den letzten Jahren offensichtlich an Ansehen verloren hat — 1972 beabsichtigten 85 % der schleswig-holsteinischen Abiturienten zu studieren, 1979 waren es nur noch 65 % —, ist es durchaus möglich, daß die für die 80er Jahre aus demografischen Gründen erwartete Studentenlawine gar nicht mehr die gefürchtete Höhe erreichen wird.

Lieselotte Korschey

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 — 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Konkurse und Vergleichsverfahren

Im Jahre 1976 ist mit 419 Konkurs- und Vergleichsverfahren der seit 1950 höchste Stand erreicht worden. Dies ist aber, wenn man die Zahl der Insolvenzen im Verhältnis zur Menge der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen betrachtet, weiterhin ein geringer Prozentsatz (0,7 %). Ein Teil des ab 1974 deutlich zu vermerkenden Anstiegs der Insolvenzhäufigkeit dürfte auf die veränderte Rechtslage (Gesetz über das Konkursausfallgeld vom 17. 7. 1974, BGBl I, S. 1481) zurückzuführen sein. Die Kranken- und Rentenversicherungen haben seit Mitte 1974 die Möglichkeit, bei Unternehmen, die ohne Abwicklung beim Amtsgericht in Konkurs gegangen waren, eine Konkursöffnung beim Gericht zu beantragen. Sie erhalten dann über das Arbeitsamt zumindest für 3 Monate vor Stilllegung des Betriebes nicht-bezahlte Beiträge zur Sozialversicherung.

Gegenüber 1950 hat sich die Zahl der jährlichen Konkursverfahren um 49 % (von 280 auf 416) erhöht, dagegen ist die Zahl der Vergleichsverfahren von 101 auf 3 oder um 97 % zurückgegangen. Gemessen an der Gesamtzahl der Insolvenzen macht der Anteil der Vergleiche im Jahre 1976 nicht einmal 1 % aus, während es 1950 über ein Viertel gewesen sind.

Besonders auffällig ist der starke Anstieg (um 256 oder über 300 % auf 337) von mangels Masse abgelehnten Verfahren, bei denen die Konkursmasse nicht einmal zur Begleichung der Verfahrenskosten ausreichte. Da ab 1974 in diesem Bereich eine sprunghafte Erhöhung zu verzeichnen ist, liegt die Vermutung nahe, daß die zusätzliche Verfahrensantragsstellung durch die Sozialversicherungsträger eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Die mangels Masse abgelehnten Verfahren stellten mit 337 oder 81 % im Jahre 1976 den Hauptanteil an der Gesamtzahl der Konkursverfahren. Im Vergleich dazu lag der Anteil dieser Verfahren während der Jahre 1950 bis 1974 zwischen 26 % und 46 % und im Jahre 1975 stieg er auf 70 % an.

Betrachtet man die Entwicklung der Insolvenzhäufigkeit in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, so zeigt sich, daß die Zahl der Verfahren im produzierenden Gewerbe 1976 erstmalig seit 1955 wieder sehr hoch liegt. In den Jahren 1950 bis 1954 gab es im Durchschnitt jährlich 71 Konkurse und in den folgenden Jahren bis 1975 nur noch 26. Anders sieht die Entwicklung im Baugewerbe aus. Mit 68 Verfahren wurde hier 1976 die größte Zahl festgestellt. Im Vergleich zu 1950 ist sie gut fünfmal und im Verhältnis zum Durchschnitt 1950/1975 gut dreieinhalbmal so hoch. Wieder anders haben sich die Insolvenzen in den Bereichen Groß- und Einzelhandel entwickelt. Waren dort im Jahre 1950 sehr hohe Zahlen von 40 und 100 Verfahren zu verzeichnen, so sind es im Jahre 1976 nur noch 18 und 40 Insolvenzen. Die jährlichen Durchschnittszahlen von 1950 bis 1976 betragen hier 16 und 35.

Insgesamt gesehen fällt auf, daß sich die Zeitspanne von 1960 bis 1965 deutlich durch geringere Verfahrenshäufigkeit auszeichnet. Dies dürfte auf die damalige günstige wirtschaftliche Lage zurückzuführen sein.

Die finanziellen Ergebnisse der eröffneten Konkurse geben nicht in jedem Jahr die vollständige Summe der Verluste wieder, da nur solche Verfahren erfaßt werden, die in einem bestimmten Zeitraum abgewickelt worden sind. Die Erfassungsquote schwankt zwischen 49 % und 100 %. Die festgestellten Verluste beliefen sich 1950 auf 6 Millionen DM und 1975 auf 109 Millionen DM. Sie erhöhten sich also um 103 Millionen DM oder um das Siebzehnfache. Im Durchschnitt machte der Verlust 1950 45 000 DM aus und 1975 1,6 Millionen DM. Herausragend in der Höhe der Verluste sind die Jahre 1970 und 1973 bis 1975. Das ist auf die zahlreichen Millionenkonkurse mit hohen Forderungen und niedrigen Deckungsquoten zurückzuführen. Besonders erwähnt werden muß, daß die Verluste zumeist durch die minimale Deckungsquote der nichtbevorrechtigten Forderungen beeinflusst wird.

Jahr	Insolvenzen insgesamt	Vergleichsverfahren	Konkursverfahren										
			insgesamt	und zwar							eröffnete Konkurse mit Angabe der voraussichtlichen finanziellen Ergebnisse		
				mangels Masse abgelehnt	Anschlußkonkurse	von Erwerbsunternehmen im Wirtschaftsbereich			Anzahl	festgestellte Verluste Mill. DM	Deckungsquote in % der Forderungen bei		
						Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	Baugewerbe	Großhandel			Einzelhandel	bevorrechtigten	nichtbevorrechtigten
1950	381	101	280	81	50	79	13	40	100	137	6,1	38	6
1951	412	111	301	103	36	71	26	37	118	107	4,8	27	9
1952	342	61	281	103	29	68	17	38	88	101	6,6	43	6
1953	313	65	248	104	15	66	13	31	71	70	6,8	47	4
1954	291	50	241	91	18	71	13	21	70	91	5,8	50	14
1955	225	34	191	61	15	42	13	23	54	67	1,9	60	12
1956	213	38	175	75	13	41	12	15	48	51	6,4	30	2
1957	175	35	140	48	7	39	6	16	26	71	9,8	53	6
1958	132	21	111	35	6	17	8	12	19	45	3,9	54	21
1959	124	30	94	29	6	19	8	5	27	50	5,7	68	8
1960	96	10	86	35	4	15	8	7	10	43	9,3	61	7
1961	116	19	97	33	2	15	7	9	19	62	7,3	66	9
1962	92	4	88	40	1	20	11	7	15	44	9,9	41	8
1963	110	14	96	35	2	16	6	6	14	50	11,1	50	4
1964	98	10	88	32	2	18	8	6	10	44	13,1	34	3
1965	98	7	91	29	-	18	11	5	13	57	12,7	42	4
1966	138	12	126	44	3	16	27	9	17	62	48,7	78	2
1967	141	24	117	31	4	26	24	6	15	70	16,5	40	8
1968	150	17	133	52	5	23	22	13	15	69	17,5	49	11
1969	139	14	125	54	3	20	17	12	16	63	23,9	65	15
1970	160	14	146	53	4	17	19	14	25	76	115,8	21	4
1971	157	8	149	57	5	16	28	15	18	75	39,7	24	6
1972	165	11	154	70	2	40	15	8	18	64	35,9	27	4
1973	210	15	195	89	6	34	36	20	29	106	107,5	34	3
1974	274	23	251	111	6	45	58	16	28	116	311,7	53	3
1975	335	20	315	220	9	50	57	19	33	68	108,7	28	1
1976	419	3	416	337	4	70	68	18	40

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte J I 1 (Zahlungsschwierigkeiten)



Zur Methode

Die Statistik erfaßt Konkursverfahren, unterschieden nach eröffneten, mangels Masse abgelehnten und Anschlußkonkursen, und Vergleichsverfahren. Erhebungsgrundlage bilden die monatlichen Meldungen der Amtsgerichte über die von ihnen bearbeiteten Verfahren.

Auf Antrag des Schuldners oder eines Gläubigers beim zuständigen Amtsgericht wird das Konkursverfahren eröffnet. Eine Abweisung des Konkursantrages mangels Masse erfolgt, wenn eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist. Das gerichtliche Vergleichsverfahren dient dem Zweck, einen zahlungsunfähigen aber vergleichswürdigen Schuldner zu einem Gesamtvergleich mit seinen Gläubigern zu verhelfen und ein drohendes Konkursverfahren zu vermeiden. Die Hauptvoraussetzung dafür ist, daß mindestens 35% der Forderungen (Vergleichsquote) der Gläubiger gedeckt

werden können. Bei Ablehnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens von Amts wegen wird das anschließende Konkursverfahren als Anschlußkonkurs bezeichnet. In diesem Bereich der Statistik kommt es zu Doppelzählungen, da zunächst die Vergleichsverfahren erfaßt werden und später nochmals die Anschlußkonkurse. Die Anschlußkonkurse können aber nicht ohne weiteres von den Vergleichsverfahren eines Jahres abgesetzt werden, weil das dazugehörige Vergleichsverfahren in einem anderen Jahr eröffnet worden sein kann.

Die finanziellen Ergebnisse erfassen die Verluste der Konkurse, die bis zum Ende des dem Eröffnungsjahr folgenden Jahres abgewickelt worden sind. Da die Abwicklung aber häufig langwierig ist, stellen sie in der Regel nicht das Gesamtergebnis dar. Bei der Berechnung der festgestellten Verluste der eröffneten Konkurse mit Angabe der voraussichtlichen finanziellen Ergebnisse wurden die Forderungen bei den Verfahren ohne Masse und die nichtgedeckten Summen der bevorrechtigten und nichtbevorrechtigten Forderungen zusammengefaßt.

Öffentliche Haushalte - Ausgabe- und Einnahmearten

Die Bruttoausgaben des Landes betragen 1951 rd. 0,6 Mrd. DM und steigerten sich bis 1974 um mehr als das Neunfache auf insgesamt 5,6 Mrd. DM. Besonders hoch war der Zuwachs in den letzten fünf Jahren. Im gleichen Zeitraum stiegen die Bruttoausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände annähernd um das Zehnfache von 0,5 Mrd. DM auf 4,9 Mrd. DM. Auch bei den Kommunen sind die Ausgabesteigerungen in den letzten fünf Jahren besonders hoch. Setzt man 1951 gleich 100, so verlief die Entwicklung in der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraumes fast parallel zu der des Landes, sie blieb sogar teilweise hinter der des Landes zurück. In der zweiten Hälfte und darunter vor allem in den letzten vier Jahren überholten die Kommunen das Land aber deutlich.

Die Personalausgaben des Landes wurden für 1951 mit 0,2 Mrd. DM nachgewiesen; sie erhöhten sich bis 1974 auf 2,4 Mrd. DM. Die Gemeinden und Gemeindeverbände mußten für Personalausgaben im Jahre 1951 0,1 Mrd. DM und 1974 fast 1,2 Mrd. DM aufwenden. Der Anteil der Personalausgaben des Landes an den Bruttoausgaben lag 1951 bei 35,6 % und wuchs bis 1974 auf 41,8 % an. Dagegen sank der Anteil der Personalausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Bruttoausgaben von 27,6 % im Jahre 1951 auf 23,9 % im Jahre 1974.

Die Ausgaben für Bauinvestitionen des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften nahmen in den Zeiträumen von 1951 bis 1964 und von 1969 bis 1974 ständig zu, während in den Jahren 1965 bis 1968 bei diesen Ausgaben eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen war. Für den gesamten Berichtszeitraum

ergibt sich für das Land eine Erhöhung der Ausgaben für Bauinvestitionen von 5 Mill. DM auf 201 Mill. DM und bei den Kommunen entfallen auf diese Ausgabe 1951 64 Mill. DM und 1974 856 Mill. DM. Ein erheblicher Teil der Erhöhungen ist auf die gestiegenen Preise zurückzuführen. Die Bauinvestitionen stellen zwischen 13,7 % (1951) und 24,3 % (1964) der Bruttoausgaben der Kommunen und zwischen 0,8 % (1951) und 4,2 % (1963 und 1972) der Bruttoausgaben des Landes.

Die Steuereinnahmen des Landes machten im Jahre 1951 insgesamt 192 Mill. DM aus; sie stiegen bis 1974 auf 3,1 Mrd. DM an. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden fielen die Steuereinnahmen im Jahre 1951 mit 140 Mill. DM an und wurden 1974 in Höhe von 1,1 Mrd. DM ausgewiesen. Im Jahre 1951 wurden die Bruttoausgaben des Landes zu drei Zehnteln durch die Steuereinnahmen gedeckt, 1963 zu mehr als vier Zehnteln und 1974 zu reichlich fünf Zehnteln. Dagegen beliefen sich die Anteilsätze der Kommunen 1951 auf 30 %, 1963 auf 25 % und 1974 auf 23 %.

Die Gebühren und Entgelte sind für die Gemeinden und Gemeindeverbände eine wichtige Einnahmequelle. Ihr Volumen wuchs im Berichtszeitraum von 55 Mill. DM auf 677 Mill. DM und stellte etwa ein Siebtel der Bruttoausgaben. Beim Land ist das Gewicht weniger als halb so groß.

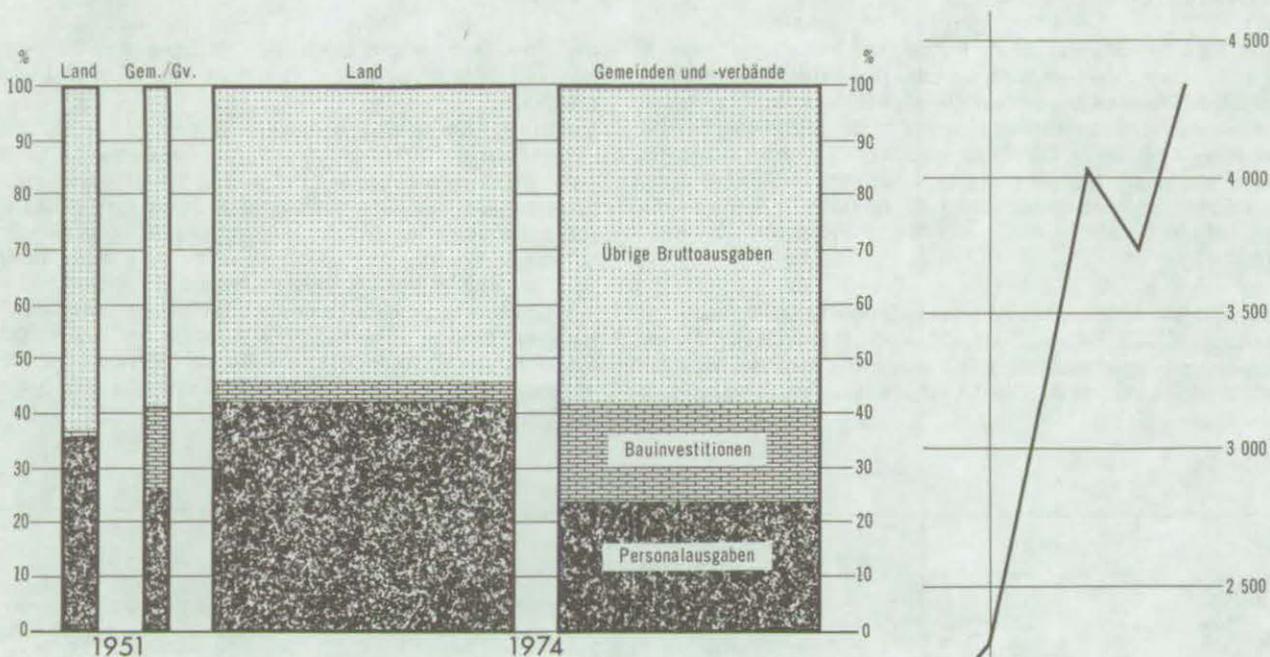
Die Schuldenaufnahmen beider Verwaltungsebenen auf dem Kreditmarkt sind recht schwankend, aber in der Tendenz steigend (siehe auch Seite 98).

Ausgewählte Ausgabe- und Einnahmearten des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände

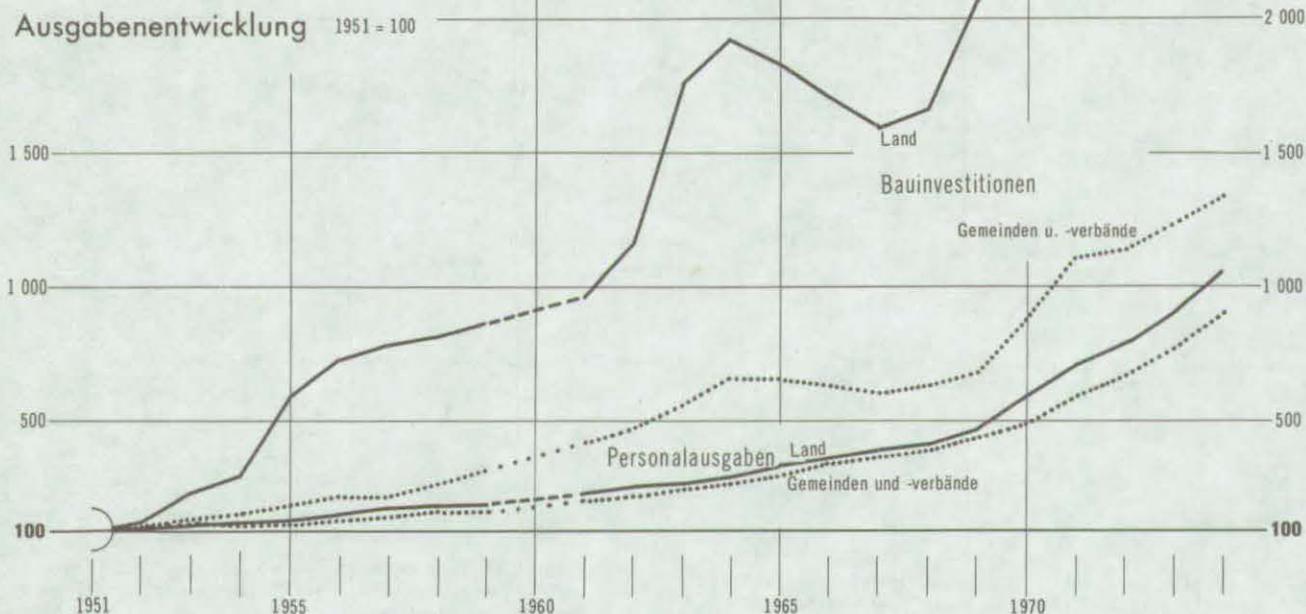
- 1 000 DM -

Jahr	Bruttoausgaben		Personalausgaben		Bauinvestitionen		Steuern (netto)		Gebühren, Entgelte, Strafen, steuerähnliche Einnahmen		Schuldenaufnahmen auf dem Kreditmarkt	
	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände	Land	Gemeinden und Gemeindeverbände
1951	621 053	465 833	221 312	128 471	4 659	63 645	192 046	139 694	36 108	55 257	1 950	14 076
1952	704 553	520 050	236 946	139 534	6 627	76 917	220 708	157 713	30 923	63 052	2 370	26 020
1953	766 429	574 124	265 036	155 718	10 987	87 556	231 829	169 537	38 089	74 223	20 000	35 528
1954	780 966	609 534	282 620	161 222	14 213	101 212	246 795	182 879	51 521	76 844	32 002	46 940
1955	859 017	655 141	308 978	166 826	28 367	121 978	252 571	191 571	52 266	84 935	8 885	47 043
1956	998 451	720 143	345 883	186 455	34 055	139 613	301 632	208 959	57 673	94 478	30 000	56 360
1957	1 187 819	781 540	388 782	197 934	36 460	139 180	331 559	222 032	60 369	104 421	41 172	81 532
1958	1 244 323	871 484	435 843	220 466	38 120	169 303	386 214	253 776	53 001	125 124	74 842	78 907
1959	1 308 053	991 644	428 005	225 791	40 648	205 127	462 834	292 392	67 626	137 446	82 579	94 042
1961	1 501 057	1 201 170	515 073	274 832	44 954	268 194	659 119	338 653	87 424	168 069	351	105 142
1962	1 910 682	1 384 135	555 038	299 816	53 619	306 523	727 662	349 757	94 994	184 988	-	139 594
1963	1 956 653	1 528 142	604 980	328 909	81 706	353 363	820 891	381 443	100 431	204 092	47 000	162 832
1964	2 182 696	1 731 358	658 179	360 572	89 299	421 340	856 102	412 142	115 821	236 435	121 500	174 387
1965	2 198 251	1 832 762	758 454	393 824	85 416	418 884	917 275	418 067	121 716	247 807	200 000	180 236
1966	2 282 338	1 888 095	811 354	452 286	79 647	402 964	982 136	441 599	127 423	298 195	176 468	146 244
1967	2 400 943	1 998 832	855 540	475 986	74 297	387 590	1 058 966	454 658	139 172	326 972	230 303	162 979
1968	2 696 344	2 125 009	916 305	502 411	77 248	403 509	1 161 374	480 732	141 359	357 176	255 156	160 461
1969	2 950 687	2 357 027	1 049 617	572 021	95 892	432 917	1 354 278	560 920	141 951	383 198	171 564	196 922
1970	3 321 924	2 739 452	1 322 221	640 385	106 325	554 736	1 668 709	563 079	157 400	437 518	317 737	236 449
1971	3 762 085	3 288 193	1 566 384	774 527	147 832	702 879	2 095 969	740 085	175 411	511 347	307 014	348 381
1972	4 414 428	3 644 935	1 737 564	873 823	187 395	721 485	2 415 125	839 378	224 950	606 443	615 000	407 762
1973	4 849 901	4 330 830	1 995 378	987 036	173 848	793 111	2 794 343	1 014 990	254 823	661 925	398 690	438 999
1974	5 642 839	4 879 852	2 358 735	1 166 765	201 417	856 201	3 100 727	1 140 346	307 771	676 568	602 000	215 813

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte L I 3/L II 3 (Öffentliche Haushaltsrechnungen)



Ausgabenentwicklung 1951 = 100



Zur Methode

Es handelt sich in diesem Beitrag (und dem auf der folgenden Seite) um Ergebnisse der Jahresrechnungstatistik des Landes, der Gemeinden, Ämter und Kreise. Im Jahre 1960 wurde das Rechnungsjahr (1. 4. bis 31. 3.) auf das Kalenderjahr umgestellt. Die Angaben für dieses Jahr umfassen daher nur ein dreiviertel Jahr und werden deshalb nicht dargestellt. Das den Ergebnissen zugrunde liegende Haushaltsrecht und die Haushaltssystematik wurden für den staatlichen Bereich ab 1970 und für den kommunalen ab 1974 neu geordnet. Sämtliche Daten sind soweit wie möglich der heute geltenden Systematik angeglichen worden. Die verwendeten finanzstatistischen Begriffe werden wie folgt erläutert:

Bruttoausgaben = Summe der Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung oder das Gesamtvolumen der öffentlichen Haushalte.

Unmittelbare Ausgaben = Bruttoausgaben abzüglich der Zahlungen an Verwaltungen. Die unmittelbaren Ausgaben zeigen den Umfang der von den betreffenden Körperschaften erfüllten Aufgaben. Die Art der Mittelbereitstellung bleibt jedoch unberücksichtigt.

Steuern (netto) = die den Gebietskörperschaften nach der Verteilung verbleibenden Steuereinnahmen.

Land = Landessteuern und Landesanteil an den gemeinschaftlichen Steuern; ab 1970 einschließlich Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage.

Gemeinden und Gemeindeverbände = Gemeindesteuern und bis 1969 Saldo der Gewerbesteuerausgleichszuschüsse; ab 1970 abzüglich Gewerbesteuerumlage.

Lohnsteuer

Sowohl die Steuerfälle als auch der Bruttolohn und die Lohnsteuer haben im Berichtszeitraum stetig zugenommen. Die Entwicklung verlief jedoch sehr unterschiedlich. Während die Zahl der Steuerfälle um die Hälfte zunahm, ist der Bruttolohn um über zwölfmal höher und die Lohnsteuer um über fünfzigmal höher als vor 24 Jahren. Dabei wird der Zuwachs der Steuerfälle noch durch den unterschiedlichen, aber ständig steigenden Erfassungsgrad beeinflusst. Der Anteil der an die Finanzämter zurückgegebenen Lohnsteuerkarten lag 1950 unter 80 % und dürfte heute über 90 % ausmachen. Die Zuwachsrate bei den Steuerfällen ist also entsprechend niedriger.

Der Bruttolohn der in der Lohnsteuerstatistik erfaßten Steuerpflichtigen stieg zwischen 1950 und 1974 von 1,5 Mrd. DM auf über 19 Mrd. DM an. Auf einen Steuerfall umgerechnet ergibt das für 1950 knapp 2 300 DM und 1974 fast 19 000 DM. Der durchschnittliche Bruttolohn hat sich also verachtfacht. Das kommt auch

darin zum Ausdruck, daß 1950 gerade 1 000 Fälle (0,15 %) einen Bruttolohn von über 12 000 DM auswiesen, während es 1974 über zwei Drittel der Steuerfälle gewesen sind.

Noch kräftiger stieg jedoch die Lohnsteuer an. Im Jahre 1950 wurden 54 Mill. DM erfaßt und 1974 über 2,7 Mrd. DM. Vor 24 Jahren zahlte ein Steuerfall im Durchschnitt 80 DM und heute sind es 2 750 DM, also fünfunddreißigmal mehr. Die Steuerbelastung (Lohnsteuer in % des Bruttolohns) stieg damit von 3,5 % auf 14,6 %. Hier zeigen sich deutlich die Auswirkungen des progressiven Steuertarifs. Immer mehr Steuerpflichtige wachsen aus der proportionalen Steuerzone heraus und ihr Bruttolohn wird progressiv besteuert. Die mehrmaligen Steuerrechtsänderungen haben diese Entwicklung nicht gestoppt sondern nur etwas abgebremst. Es bleibt abzuwarten, ob die Steuerreform von 1975 eine größere Wirkung hat oder ob die für 1977 durchzuführende Lohnsteuerstatistik zeigen wird, daß sie schon wieder von der Einkommensentwicklung überholt worden ist.

Jahr	Steuerfälle			Bruttolohn		Lohnsteuer		Steuerbelastung (Lohnsteuer in % des Bruttolohnes)
	Anzahl	darunter mit einem Bruttolohn unter 12 000 DM in %	1950 = 100	1 000 DM	1950 = 100	1 000 DM	1950 = 100	
1950 ¹⁾	674 850	100	100	1 528 781	100	54 267	100	3,5
1955	725 963	99	108	2 683 745	176	127 247	234	4,7
1957	773 816	98	115	3 283 461	215	149 334	275	4,5
1961	860 800	94	128	5 095 532	333	332 820	613	6,5
1965	923 861	81	137	7 542 051	493	574 449	1 059	7,6
1968	900 465	52	133	8 644 710	565	739 361	1 362	8,6
1971	955 602	43	142	13 309 274	871	1 565 667	2 885	11,8
1974	1 012 262	32	150	19 102 628	1 250	2 783 275	5 129	14,6

1) einschließlich 13 725 bei der Einkommensteuer veranlagte Arbeitnehmer mit Einkünften aus unselbständiger Arbeit in Höhe von 61 869 000 DM und Lohnsteuerabzügen in Höhe von 6 815 000 DM

Zur Methode

Lohnsteuerpflichtig sind alle in abhängiger Stellung beschäftigten Erwerbstätigen (Arbeitnehmer), alle Versorgungsempfänger (Pensionäre usw.) sowie die Bezieher einer Firmen- bzw. Betriebsrente, unabhängig davon, ob ein Lohnsteuerabzug vorgenommen wird. In die Lohnsteuerstatistik einbezogen werden im allgemeinen die Personen, für die eine Lohnsteuerkarte ausgestellt wurde und die am 20. 9. des Vorjahres ihren Wohnsitz in Schleswig-Holstein hatten. Zur Auswertung kommen aber nur die von diesen Steuerpflichtigen bzw. ihren Arbeitgebern an die Finanzämter zurückfließenden Lohnsteuerkarten. Da jedoch regelmäßig Lohnsteuerkarten zurückgehalten werden, ist die Lohnsteuerstatistik unvollständig. Untersuchungen haben aber ergeben, daß vor allem nicht regelmäßig beschäftigt gewesene Arbeitnehmer mit geringem Jahresbruttolohn und durchweg ohne Steuerabzug ihre Karte behalten, so daß ihr Fehlen sich zwar zahlenmäßig bemerkbar macht, die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik aber kaum beeinträchtigt.

Bis einschließlich 1965 wurden die Lohnsteuerkarten nach Auswertung bei den Finanzämtern dem Statistischen Landesamt zur Aufbereitung der Lohnsteuerstatistik überlassen. Mit einer Mechanisierung der Berechnung des Lohnsteuerjahresausgleichs (Maschineller Lohnsteuerjahresausgleich) ergab sich die Möglichkeit, schon maschinengerechtes Material bei der Aufbereitung der Lohnsteuerstatistik zu verwenden. So werden ab 1968 die Daten für die Lohnsteuerpflichtigen mit maschinellem Lohnsteuerjahresausgleich auf Magnetbändern zur Verfügung

gestellt, für die übrigen Steuerpflichtigen werden wie zuvor die Lohnsteuerkarten zur manuellen Auswertung überlassen.

Die Anzahl der Steuerfälle (bis einschließlich 1965 "Steuerpflichtige") entspricht der Zahl der Personen mit ausgewerteten Lohnsteuerkarten, unabhängig davon, ob Lohnsteuer erhoben wurde (Steuerbelastete) oder nicht zu zahlen war (Nichtsteuerbelastete). Zweite und weitere Lohnsteuerkarten werden nicht gesondert ausgewertet. Die Beträge aus allen Lohnsteuerkarten für eine Person werden zusammengefaßt und mit der Karte mit der niedrigsten Steuerklasse aufbereitet.

Ab 1968 werden Ehegatten, die beide Einkünfte aus nicht-selbständiger Arbeit bezogen haben - entsprechend der Regelung bei der Einkommensteuer - als ein Steuerpflichtiger aber als zwei Steuerfälle gezählt. Bruttolohn sind alle Einnahmen aus einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis, wie sie ohne jeden Abzug in der Lohnsteuerkarte eingetragen sind. 1971 und 1974 sind "Vermögenswirksame Leistungen" im Bruttolohn enthalten. Als Lohnsteuer ist die jeweils tatsächlich gezahlte Lohnsteuer (reine Steuerlast) unter Berücksichtigung der evtl. im Lohnsteuerjahresausgleich erstatteten oder verrechneten Lohnsteuer nachgewiesen. Eine evtl. einbehaltene Ergänzungsabgabe nach dem Ergänzungsabgabegesetz ist von der Lohnsteuerstatistik nicht erfaßt worden.

Die Aufbereitung des umfangreichen Materials erfolgt, solange nur Lohnsteuerkarten auszuwerten waren, nach bundeseinheitlichen Richtlinien repräsentativ. Ab 1968 werden die Fälle mit maschinellem Lohnsteuerjahresausgleich (Magnetbänder) total und der Rest (Lohnsteuerkarten) repräsentativ aufbereitet.

Inhalt der bisher erschienenen Hefte
des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Bildung und Kultur	
Pressestatistik	2/46
Kirchliche Verhältnisse	
Nordelbische Kirche	1/15
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Bodennutzung in den Naturräumen	2/26
Getreideerträge in den Naturräumen	2/35
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe	1/11
Bautätigkeitsstatistik	2/38
Verkehr	
Güterverkehr See	1/3
Öffentliche Finanzen	
Finanzplanung	2/41
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Bruttoinlandsprodukt	2/18
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1978	
Teil 1	3/50
Teil 2	4/78

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

31. Jahrgang . Heft 5 . Mai 1979

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1977	1978	1978			1978/79			
		Monats- durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 586	2 589	2 587	2 587	2 587	2 591
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 193	1 048	539	674	1 213	1 148
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,5	4,9	2,5	3,4	5,5	5,2
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	1 947	1 932	1 966	1 783	1 978	1 881
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,0	9,0	8,9	9,0	9,0	8,5
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 589	2 605	2 723	2 511	2 847	2 757
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,0	12,1	12,4	12,7	13,0	12,5
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	26	28	26	25	33	24
* je 1 000 Lebendgeborene		13,5	14,7	13,2	14,0	16,7	12,8
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 642	- 673	- 757	- 728	- 869	- 876
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,0	- 3,1	- 3,4	- 3,7	- 4,0	- 4,0
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 303	6 151	6 245	4 655	5 737	4 984	6 014
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 289	5 136	5 409	4 377	4 674	4 319	4 755
* Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+1 014	+1 015	+ 836	+ 278	+1 063	+ 665	+1 259
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 943	9 720	9 881	8 563	9 182	8 974	9 379
Wanderungsfälle	Anzahl	21 535	21 007	21 535	17 595	19 593	18 277	20 148
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		146	142	143	132	131	124	134
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	47	44	56	57	50	46	54	55	46
darunter * Männer	1 000	23	21	29	30	26	22	29	30	24
Kurzarbeiter	1 000	3,1	2,7	5,8	6,3	4,7	1,7	5,9	9,2	5,0
darunter * Männer	1 000	2,3	2,0	4,3	4,7	3,6	1,2	4,5	7,4	4,1
Offene Stellen	1 000	9,3	9,8	7,8	9,6	11,6	8,0	8,6	10,7	14,0
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 565 ^a	1 585 ^a	.	.	.	1 585	.	.	.
darunter * Milchkühe										
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	515 ^a	518 ^a	.	.	.	518	.	.	.
* Schweine	1 000	1 796 ^a	1 856 ^a	.	.	.	1 856	.	.	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	194 ^a	205 ^a	.	.	.	205	.	.	.
darunter * trächtig	1 000	130 ^a	136 ^a	.	.	.	136	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	38	39	35	32	34	37	41	33	40
* Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000 St.	236 ^b	252 ^c	245	214	236	257	276	219	260
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	5 ^b	5 ^c	9	6	5	9	8	5	6
* Schlachtmengen 5) aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	29,2	31,3	28,7	26,1	28,4	30,8	33,0	26,3	31,6
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,1	10,9	9,3	8,9	9,1	10,0	11,2	9,1	11,1
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	18,9	20,2	19,3	17,0	19,0	20,6	21,7	17,1	20,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	274	284	275	282	277	278	280	279	280
Kälber	kg	97	100	85	102	100	104	107	100	98
Schweine	kg	82	82	82	82	82	83	81	80	80
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6) * für Legehennenküken	1 000	215	149	128	211	152	127	165	153	193
für Masthühnerküken	1 000	1 070	1 101	986	1 078	1 153	1 031	1 151	967	1 003
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	887	897	928	808	846	835	1 123	794	863
* Milcherzeugung										
1 000 t		195	202	201	194	245	190	202	191	240
darunter * an Molkereien und Händler geliefert	%	95	96	96	95	96	93	95	94	96
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,5	12,8	12,5	13,4	15,3	11,9	12,6	13,2	14,9

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1977/78: 7

c) Winterhalbjahr 1978/79: 7

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1978/79			
		Monats- durchschnitt			Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.
Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk										
Verarbeitendes Gewerbe⁸⁾										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	181	179	179	179	179	178	177	176	178
darunter * Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	129	127	127	127	127	126	125	125	126
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	19 573	18 979	19 412	18 686	19 448	17 824	18 486	17 554	19 199
* Löhne (brutto)	Mill. DM	257,2	266,5	243,3	229,1	245,3	275,9	256,7	237,8	252,8
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	142,6	152,7	137,6	136,1	139,4	172,2	148,0	148,8	150,9
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	.	1 135	1 270	867	2 019	1 100	1 036	1 058	1 322
darunter Ausland	Mill. DM	.	324	202	203	1 273	251	234	278	281
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 150	2 195	1 892	1 800	2 324	2 407	2 001	1 848	2 484
darunter * Auslandsumsatz	Mill. DM	410	363	301	268	493	397	269	274	435
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	19	15	14	9	9	19	19	16	17
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	Mill. m ³	27,0	28,9	27,2	30,6	33,4	25,9	29,5	30,3	33,4
* Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	4,0	2,4	2,8	2,9	2,9	2,7	2,5	2,2	2,4
* Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	23,1	26,6	24,3	27,7	30,6	23,2	27,0	28,1	31,0
* Heizölverbrauch	1 000 t	82	84	90	80	86	96	92	83	88
* Leichtes Heizöl	1 000 t	19	19	24	24	22	24	28	25	24
* Schweres Heizöl	1 000 t	63	64	66	56	64	72	64	58	64
* Stromverbrauch	Mill. kWh	186	200	192	187	195	207	197	188	209
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	35	34	35	32	31	39	35	33	32
* Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)										
Handwerk (Mehrzahlen)¹¹⁾										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970 = 100	95,0	98,0	.	.	94,1	99,8	.	.	.
* Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj. -D 1970 = 100	169,6	169,0	.	.	124,9	217,8	.	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	946	879	969	989	1 092	788	741	.	791
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	690	742	840	777	802	875	862	.	883
* Gaserzeugung (brutto) ¹⁰⁾	Mill. m ³	4	4	6	8	5	7	10	8	7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (die Ergebnisse ab März 1979 sind vorläufig)										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	52 790	54 970	51 221	51 544	53 504	55 490	54 610	54 187	54 927
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 523	6 478	4 666	3 394	6 165	4 674	2 756	2 385	5 454
darunter für										
* Wohnungsbauten	1 000	2 999	2 996	2 290	1 627	2 925	2 213	1 395	1 176	2 715
* gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 063	1 007	743	579	942	739	506	462	924
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 190	2 189	1 484	1 064	2 037	1 512	773	685	1 652
* Löhne (brutto)	Mill. DM	93,2	100,0	65,1	49,0	90,5	79,1	42,0	35,2	81,1
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	14,0	15,4	13,5	13,6	14,1	17,5	15,1	14,9	14,9
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	333,3	289,3	175,3	118,0	167,6	577,0	172,3	133,1	169,8

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Industrie- und Handwerksbetriebe des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 (ab Januar 1979)

9) Eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) umgerechnet auf einen Heizwert von 35 169,12 kJ/m³

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Neuch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1978/79			
		Monats- durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Neuch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	960	1 190	904	964	1 192	851	329
darunter * mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	927	1 144	875	942	1 134	806	313
* Rauminhalt	1 000 m ³	792	1 011	738	730	1 073	741	303
* Wohnfläche	1 000 m ²	135	172	127	126	188	125	53
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	167	182	141	117	149	150	30
* Rauminhalt	1 000 m ³	508	630	498	249	474	503	130
* Nutzfläche	1 000 m ²	94	112	95	51	88	104	23
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 416	1 781	1 382	1 286	1 965	1 303	541
Baufertigstellungen										
Wohnungen 13)	Anzahl	1 540	1 350	352	218	270	10 160
Wohnräume	Anzahl	7 274	6 508	1 821	1 127	1 270	49 670
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	507,6	437,2	r 372,1	354,0	472,1	452,0	358,1	387,7	...
davon Güter der										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	75,5	76,9	65,7	63,0	72,8	68,8	69,6	64,7	...
* gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	432,2	360,3	r 306,3	291,1	399,3	383,2	288,5	293,0	...
davon * Rohstoffe	Mill. DM	9,4	9,8	9,2	9,5	9,8	8,6	9,1	9,4	...
* Halbwaren	Mill. DM	27,7	31,2	r 28,0	29,3	26,9	30,8	20,0	20,1	...
* Fertigwaren	Mill. DM	395,0	319,4	269,2	252,3	362,6	343,8	259,3	263,5	...
davon * Vorerzeugnisse	Mill. DM	28,5	29,1	28,0	26,5	31,1	26,8	25,7	29,3	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	366,6	290,3	241,2	225,9	331,6	317,0	233,6	234,2	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	191,5	188,9	163,2	170,8	182,8	189,5	156,9	175,2	...
darunter Italien	Mill. DM	18,2	18,4	16,8	18,2	14,4	14,6	20,9	20,0	...
Niederlande	Mill. DM	41,8	43,7	39,4	37,1	48,0	50,4	33,0	35,2	...
Dänemark	Mill. DM	36,7	39,9	23,5	38,9	36,3	33,8	27,4	28,9	...
Großbritannien	Mill. DM	43,5	33,1	27,6	20,4	27,2	42,1	29,9	45,0	...
* Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	r 189,7	201,6	171,4	167,2	r 201,1	261,4	180,1	164,3	213,3
* Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	r 171,4	173,0	111,4	r 103,6	r 142,4	133,2	100,8	96,8	132,6
Fremdenverkehr in 156 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	r 251	p 245	75	83	174	p 93	p 63	p 67	...
darunter * von Auslandsgästen	1 000	20	p 21	6	10	15	p 10	p 6	p 8	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	r 2 008	p 1 930	305	317	951	p 370	p 286	p 266	...
darunter * von Auslandsgästen	1 000	41	p 43	14	21	34	p 23	p 15	p 20	...
Verkehr										
Seeschifffahrt 14)										
Güterempfang	1 000 t	1 133	...	1 228	943	1 149
Güterversand	1 000 t	472	...	490	408	422
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	196	209	170	200	202	228	157	93	177
* Güterversand	1 000 t	234	238	194	146	255	205	83	103	222
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
Anzahl		9 741	10 087	9 110	9 290	r 13 811	7 697	7 855	7 604	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	198	244	39	74	r 458	47	31	54	...
* Personenkraftwagen 15)	Anzahl	8 704	8 960	8 376	8 525	12 353	6 824	7 127	6 806	...
* Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	452	510	455	376	572	520	431	424	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 560	1 549	1 522	1 062	1 272	1 373	796	p 727	p 1 158
* Getötete Personen	Anzahl	61	53	68	45	27	43	16	p 22	p 29
* Verletzte Personen	Anzahl	2 052	2 028	1 980	1 411	1 769	1 758	1 098	p 969	p 1 567

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

14) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1978/79				
		Monats- durchschnitt ^{d)}			Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen¹⁶⁾											
*Kredite 17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	36 181	41 315	36 377	36 688	37 281	41 315	41 215	41 550	42 076	
darunter											
*Kredite 17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	34 096	39 295	34 256	34 613	35 219	39 295	39 240	39 577	40 137	
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 107	6 720	5 850	5 850	6 076	6 720	6 452	6 526	6 810	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 987	6 670	5 776	5 785	6 039	6 670	6 410	6 500	6 790	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	121	50	74	65	37	50	42	26	20	
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 638	4 384	3 582	3 598	3 669	4 384	4 435	4 480	4 493	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 058	3 311	2 983	2 997	3 055	3 311	3 317	3 322	3 372	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	580	1 073	598	600	614	1 073	1 118	1 157	1 121	
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	24 351	28 191	24 824	25 165	25 474	28 191	28 353	28 572	28 833	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 292	22 168	19 411	19 617	19 783	22 168	22 386	22 654	22 900	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 060	6 023	5 413	5 548	5 690	6 023	5 967	5 918	5 933	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	26 612	29 682	26 330	26 677	26 666	29 682	29 712	29 827	29 844	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	14 060	16 245	14 148	14 136	14 146	16 245	16 186	16 193	16 190	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 458	11 415	9 530	9 550	9 532	11 415	11 388	11 335	11 316	
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 602	4 831	4 618	4 586	4 634	4 831	4 797	4 858	4 875	
*Spareinlagen	Mill. DM	12 552	13 437	12 482	12 541	12 520	13 437	13 526	13 635	13 654	
*bei Sparkassen	Mill. DM	7 130	7 571	7 091	7 128	7 117	7 571	7 620	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	649	653	1 094	598	533	699	868	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	580	580	1 167	539	554	615	785	
Zahlungsschwierigkeiten											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	26	28	25	16	44	16	25	32	25	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,4	0,3	-	-	-	-	-	-	-	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	280	250	199	178	249	313	
*Wechselsumme	Mill. DM	1,3	1,4	0,9	1,7	2,4	1,1	
Steuern											
		Vierteljahres- durchschnitt			1. Vj. 78		4. Vj. 78		1. Vj. 79		
Steueraufkommen nach der Steuerart											
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 623,1	1 747,0	.	.	1 740,6	1 964,2	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 251,4	1 302,4	.	.	1 204,4	1 524,5	
*Lohnsteuer 18)	Mill. DM	799,2	811,0	.	.	715,6	1 019,1	
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	350,7	368,4	.	.	365,2	360,7	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	8,1	12,9	.	.	15,1	13,3	
*Körperschaftsteuer 18)	Mill. DM	93,4	110,1	.	.	108,5	131,4	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	371,7	444,6	.	.	536,2	439,7	.	.	503,9	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	262,2	319,6	.	.	415,7	297,9	.	.	387,0	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	109,5	125,0	.	.	120,5	141,9	.	.	116,9	
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	134,2	.	.	174,3	126,8	.	.	175,7	
*Zölle	Mill. DM	0,9	0,5	.	.	0,6	0,4	.	.	0,4	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	120,2	124,5	.	.	158,6	120,1	.	.	158,6	
*Landessteuern	Mill. DM	116,2	122,6	.	.	132,1	117,1	.	.	129,4	
*Vermögensteuer	Mill. DM	26,2	24,7	.	.	27,5	23,7	.	.	27,2	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61,6	66,9	.	.	70,9	63,0	.	.	72,4	
*Biersteuer	Mill. DM	3,8	4,4	.	.	3,1	4,5	.	.	3,2	
*Gemeindesteuern ¹⁹⁾	Mill. DM	254,0	262,1	.	.	250,5	277,7	
*Grundsteuer A ²⁰⁾	Mill. DM	7,0	6,9	.	.	7,1	6,6	
*Grundsteuer B	Mill. DM	42,7	48,5	.	.	46,4	47,1	
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	163,7	167,0	.	.	153,5	186,4	
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	20,0	19,3	.	.	21,3	19,1	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	923,7	987,0	.	.	999,8	1 105,6	.	.	1 017,4	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	501,9	521,2	.	.	469,1	616,8	.	.	496,3	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	256,5	300,1	.	.	357,8	296,8	.	.	340,1	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	34,6	31,5	.	.	- 1,4	65,1	.	.	5,3	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	953,9	1 021,5	.	.	1 017,5	1 154,8	.	.	1 021,2	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	579,9	607,6	.	.	573,2	705,4	.	.	588,2	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	223,3	259,8	.	.	313,6	267,2	.	.	298,3	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	34,6	31,5	.	.	- 1,4	65,1	.	.	5,3	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	366,5	379,0	.	.	249,2	554,3	
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²¹⁾	Mill. DM	94,6	104,0	.	.	156,4	56,1	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	181,6	180,0	.	.	- 4,1	406,9	

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1977	1978	1978			1978/79			
			Monats- durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970 = 100	154,1	146,2	148,0	147,0	146,5	145,9	148,4	153,5	...
Ausfuhrpreise	1970 = 100	143,6	145,3	143,8	144,3	144,3	146,4	147,7	148,8	...
Grundstoffpreise	1970 = 100	149,2	145,5	146,4	145,7	145,6	145,8	147,1	149,5	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1970 = 100	144,5	146,3	145,2	145,2	145,5	147,5	147,1	149,5	...
landwirtschaftlicher Produkte	1970 = 100	142,3	p 137,0	142,4	141,9	140,6	p 137,8	p 137,8	p 138,3	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude	1970 = 100	150,7	159,7		r 155,5				...	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1970 = 100	152,0	151,6	151,1	151,5	151,9	151,9	153,0	p 154,3	...
Einzelhandelspreise	1970 = 100	141,7	145,1	143,1	144,2	144,5	146,1	147,1	148,2	149,2
*Preisindex der Lebenshaltung	1970 = 100	146,3	150,1	148,4	149,2	149,7	151,1	152,7	153,6	154,6
insgesamt										
darunter für										
*Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	143,7	145,2	144,3	145,2	145,5	144,0	145,2	146,0	146,9
Kleidung, Schuhe	1970 = 100	147,3	154,1	151,1	152,4	152,9	156,4	157,0	157,7	158,4
Wohnungsmieten	1970 = 100	144,7	149,0	147,2	147,6	148,1	150,6	151,1	151,5	151,9
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970 = 100	178,4	183,6	182,3	182,3	183,4	190,8	198,6	206,6	213,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970 = 100	140,2	145,4	143,8	144,8	145,2	146,9	148,0	148,3	148,8
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	515	544	508	.	.	.	544	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	539	508	533	.	.	.	573	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	340	361	341	.	.	.	362	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	327	343	322	.	.	.	340	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	12,02	12,67	12,09	.	.	.	12,92	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	12,57	13,30	12,65	.	.	.	13,59	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	8,41	8,95	8,54	.	.	.	9,12	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	8,12	8,51	8,14	.	.	.	8,69	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Stunden	42,9	42,7	42,0	.	.	.	42,1	.	.
weibliche Arbeiter	Stunden	40,2	40,3	39,9	.	.	.	39,7	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 722	2 907	2 788	.	.	.	2 996	.	.
*weiblich	DM	1 889	2 009	1 932	.	.	.	2 062	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 937	3 106	2 974	.	.	.	3 181	.	.
*weiblich	DM	1 813	1 921	1 843	.	.	.	1 969	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 383	2 534	2 447	.	.	.	2 600	.	.
*weiblich	DM	1 600	1 701	1 642	.	.	.	1 752	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 442	2 591	2 498	.	.	.	2 637	.	.
weiblich	DM	(1 701)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 495	2 654	2 560	.	.	.	2 728	.	.
weiblich	DM	1 681	1 786	1 723	.	.	.	1 837	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 905	3 070	2 942	.	.	.	3 143	.	.
weiblich	DM	1 809	1 918	1 840	.	.	.	1 964	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postcheck- und Postsparkassensämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

20) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

23) Nur Neubau

24) für alle privaten Haushalte

25) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12.

Jahreszahlen A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
in 1 000											
1974	2 583	5,8	9,9	12,4	- 7	11	1 003	65	388	214	336
1975	2 584	5,8	9,4	12,8	- 9	7	994	66	356	219	353
1976	2 583	5,6	9,6	12,4	- 7	8	1 009	76	364	222	347
1977	2 586	5,5	9,0	12,0	- 8	12	1 017	71	387	218	341
1978	2 589	4,9	9,0	12,1	- 8	12	1 038	81	368	222	367

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt				
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1970		
	Grund- Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	inte- grierten Gesamt- schul- versuchen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill.DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill.DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Erwerbs- tätigen
1974	267	72	69	2	17	38	31	14	34 319	8,2	26 488	2,7	27 780
1975	271	77	73	2	16	41	29	14	36 766	7,1	26 395	- 0,4	28 190
1976	269	83	75	2	17	42	29	13	p 39 525	p 7,5	p 27 384	p 3,7	p 29 380
1977	259	87	79	2	15	42	30	12	p 41 877 ^a	p 6,0	p 27 925 ^a	p 2,0 ^a	p 29 960 ^a
1978	245	89	83	2	44 298 ^a	5,8 ^a	28 604 ^a	2,4 ^a	30 760 ^a

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁴⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ²⁾									
in 1 000				in 1 000							
1974	1 507	495	1 567	4 300	481	2 815	2 196	4 397	1 929	298	637
1975	1 525	503	1 620	4 280	460	2 763	2 234	4 477	1 853	159	735
1976	1 560	513	1 696	4 450	488	2 913	2 276	4 478	1 737	109	813
1977	1 565	515	1 796	4 528	480	3 035	2 339	4 551	1 990	223	869
1978	1 585	518	1 856	4 214	496	3 236	2 418	4 685	2 209	173	713

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾										Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾		Energieverbrauch			
	insgesamt	Arbeiter				Kohle	ins- gesamt	Auslands- umsatz	Heizöl	mittelschwer, schwer	
			in 1 000		in 1 000 t						
		in Millionen		in Mill. DM		1 000 t SKE ⁷⁾				in 1 000	
1974	187	136	256	2 738	1 359	20 285	3 811	380	1 152	932	57
1975	177	127	232	2 704	1 464	20 608	4 243	249	978	768	52
1976	171	123	228	2 822	1 532	22 331	4 336	238	1 006	791	54
1977	181	129	235	3 086	1 711	25 794	4 923	230	985	757	53
1978	179	127	228	3 198	1 832	26 334	4 362	177	1 008	774	56

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen, ohne Soldaten

2) ohne Ammen- und Mutterkühe

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

5) Bis 1976: Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (ohne Handwerk), ab 1977: Industrie- und Handwerksbetriebe des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; der Vergleich mit früheren Jahren ist hauptsächlich durch die Einbeziehung des Handwerks nicht möglich (siehe auch Statistisches Bericht E 1 1, Januar 1979)

6) Bis einschließlich 1976 ohne Umsatz außerhalb des verarbeitenden Gewerbes; in allen Jahren ohne Umsatzsteuer

7) Eine t Steinkohle-Einheit (SKE) $\hat{=}$ 1 t Steinkohle oder -briketts $\hat{=}$ 1,03 t Steinkohlenkoks $\hat{=}$ 1,46 t Braunkohlenbriketts $\hat{=}$ 3,85 t Rohbraunkohle

8) Ab 1976 einschließlich Fertigteilebau und Bauhilfsgewerbe

a) Erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Dezember 1978			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1978			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im März 1979 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
in %									
FLENSBURG	89 313	- 0,1	- 0,8	- 23	- 41	- 64	46	-	55
KIEL	253 967	- 0,1	- 1,0	- 153	- 200	- 353	95	2	125
LÜBECK	224 790	- 0,1	- 1,1	- 140	- 151	- 291	92	2	109
NEUMÜNSTER	81 581	- 0,2	- 1,5	- 46	- 77	- 123	43	1	51
Dithmarschen	130 378	+ 0,0	+ 0,2	- 45	54	9	51	-	71
Hzgt. Lauenburg	153 536	+ 0,1	+ 0,6	- 53	181	128	60	4	81
Nordfriesland	160 106	+ 0,0	- 0,4	- 33	53	20	59	-	98
Ostholstein	188 161	- 0,1	+ 0,0	- 115	- 93	- 208	95	5	134
Pinneberg	257 115	- 0,0	+ 0,5	- 45	4	- 41	120	1	150
Plön	115 353	- 0,0	+ 0,4	- 39	16	- 23	43	-	59
Rendsburg-Eckernförde	241 475	+ 0,1	+ 0,6	- 5	201	196	120	4	158
Schleswig-Flensburg	179 656	+ 0,1	+ 0,7	- 53	144	91	62	-	95
Segeberg	203 963	+ 0,1	+ 1,6	- 16	287	271	114	4	177
Steinburg	129 217	- 0,0	- 0,2	- 46	22	- 24	67	2	76
Stormarn	182 674	+ 0,1	+ 1,5	- 64	265	201	91	4	128
Schleswig-Holstein	2 591 285	- 0,0	+ 0,2	- 876	665	- 211	1 158	29	1 567

KREISFREIE STADT Kreis	Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe am 30. 9. 1977 ³⁾		Verarbeitendes Gewerbe ⁴⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1979		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Betriebe am 28. 2. 1979	Beschäftigte am 28. 2. 1979	Umsatz ⁵⁾ im Februar 1979 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
							Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	9 537	105,3	77	9 065	96	31 969	29 130	326
KIEL	28 045	109,2	146	26 558	178	87 846	80 537	317
LÜBECK	27 976	122,5	154	26 448	190	76 080	69 162	308
NEUMÜNSTER	11 014	132,4	76	10 528	73	32 478	29 124	357
Dithmarschen	6 374	48,9	85	6 551	182	57 448	45 801	351
Hzgt. Lauenburg	9 427	61,8	98	8 788	61	61 464	53 020	345
Nordfriesland	3 493	21,6	56	2 908	47	69 435	56 099	350
Ostholstein	6 649	35,4	91	5 777	63	75 883	65 030	346
Pinneberg	23 962	93,8	197	22 591	226	104 703	92 429	359
Plön	3 045	26,5	45	2 639	21	49 471	41 835	363
Rendsburg-Eckernförde	12 281	51,2	129	10 440	90	101 454	84 796	351
Schleswig-Flensburg	5 683	31,9	87	5 044	89	80 650	65 409	364
Segeberg	15 521	77,6	173	13 897	149	94 081	81 047	397
Steinburg	11 135	85,8	95	9 833	117	55 607	45 626	353
Stormarn	16 068	89,7	146	15 384	266	77 178	68 101	373
Schleswig-Holstein	190 210	73,5	1 655	176 451	1 848	1 055 747	907 146	350

- 1) nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1978 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) in Industriebetrieben jeder Größe sowie Betrieben von Unternehmen des Handwerks mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
4) Industrie- und Handwerksbetriebe des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
5) ohne Umsatzsteuer 6) einschließlich Kombinationskraftwagen

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1978			Arbeitsmarkt			Industriebeschäftigte ¹⁾ (alle Betriebe, Totalerhebung) am 30. 9. 1977	
	in 1 000	Veränderung gegenü		Arbeitslose am 28. 2. 1979	Kurzarbeiter Monatsmitte Februar 1979	offene Stellen am 28. 2. 1979	in 1 000	je 1 000 Einwohner
		VZ 1970	30. 9. 1977					
		in %						
Schleswig-Holstein	2 592	+ 3,9	+ 0,1	55	9	11	176	68
Hamburg	1 668	- 7,0	- 0,9	32	7	8	162	96
Niedersachsen	7 228	+ 2,1	- 0,0	165	22	28	672	93
Bremen	700	- 3,2	- 0,8	17	10	4	91	129
Nordrhein-Westfalen	17 013	+ 0,6	- 0,2	340	46	61	2 238	131
Hessen	5 550	+ 3,1	+ 0,2	79	9	24	684	124
Rheinland-Pfalz	3 634	- 0,3	- 0,3	68	10	14	379	104
Baden-Württemberg	9 138	+ 2,7	+ 0,2	92	16	53	.	.
Bayern	10 822	+ 3,3	+ 0,0	220	28	53	1 338	124
Saarland	1 075	- 4,0	- 0,8	28	4	3	157	145
Berlin (West)	1 914	- 9,8	- 0,9	39	5	9	193	100
Bundesgebiet	61 332	+ 1,1	- 0,1	1 134	167	267	6 091 ^{a)}	.

Land	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾				Bauhauptgewerbe ⁵⁾		Wohnungswesen im Dezember 1978			
	Beschäftigte am 31. 1. 1979 in 1 000	Umsatz ³⁾ im Januar 1979		Produktions- index ⁴⁾ (1970 = 100) im Januar 1979	Beschäftigte am 31. 12. 1978		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	177	2 001	13	...	55	21	1 303	5,0	10 160	39,2
Hamburg	165	4 263	10	...	31	18	633	3,8	3 040	18,3
Niedersachsen	702	8 265	23	...	152	21	4 297	5,9	24 996	34,6
Bremen	90	1 249	17	...	15	22	218	3,1	698	10,0
Nordrhein-Westfalen	2 221	24 784	24	...	283	17	12 633	7,4	40 352	23,7
Hessen	666	6 277	24	100,9	105	19	2 804	5,0	15 384	27,7
Rheinland-Pfalz	386	4 788	28	117	71	20	1 475	4,1	10 921	30,1
Baden-Württemberg	1 451	13 921	24	108,1	188	21	6 503	7,1	23 411	25,6
Bayern	1 354	12 520	24	114,2	251	23	6 426	5,9	39 856	36,8
Saarland	149	1 628	29	...	21	19	632	5,9	3 916	36,5
Berlin (West)	183	1 588	12	...	32	17	966	5,1	3 603	18,9
Bundesgebiet	7 543	81 284	23	...	1 205	20	37 890	6,2	176 337	28,8

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Januar 1979				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 31. 1. 1979 in DM je Einw.	Steuereinnahmen			* Bruttoinlandsprodukt 1978 ⁸⁾					
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	Mrd. DM in jeweiligen Preisen	Anteil des produzie- renden Gewerbes ⁹⁾ in %	DM je Erwerbs- tätigen in konstanten Preisen ¹⁰⁾ Bund = 100			
												im 4. Vierteljahr 1978		
												in DM je Einw.		
Schleswig-Holstein	796	16	1 098	140	5 220	465	437	...	44	43,5	92,3			
Hamburg	492	7	652	134	8 789	765	3 430	...	60	36,2	132,5			
Niedersachsen	2 251	74	3 123	142	6 360	464	500	...	130	50,6	90,5			
Bremen	179	4	204	116	7 160	555	1 182	...	20	44,7	111,3			
Nordrhein-Westfalen	4 866	109	6 441	135	7 124	530	859	...	353	51,0	107,1			
Hessen	1 720	48	2 353	140	7 848	568	736	...	121	43,0	102,6			
Rheinland-Pfalz	1 197	30	1 651	140	7 094	469	561	...	67	54,5	97,9			
Baden-Württemberg	3 153	115	4 450	145	7 694	576	780	...	200	56,7	96,9			
Bayern	4 102	151	5 804	145	8 168	486	577	...	218	51,8	91,7			
Saarland	366	11	501	140	6 377	457	482	...	20	51,6	90,4			
Berlin (West)	716	15	863	123	6 782	416	1 201	...	46	48,7	109,0			
Bundesgebiet	19 838	580	27 140	140	7 309	520	787	...	1 279	50,3	100			

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Industriebetriebe jeder Größe, ausschließlich Handwerk 2) Industrie- und Handwerksbetriebe des verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen

20 und mehr Beschäftigten 3) ohne Umsatzsteuer 4) Von Kalendernunregelmäßigkeiten bereinigt

5) einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

7) ohne Postspareinlagen 8) Erstes vorläufiges Ergebnis 9) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei an der Bruttowertschöpfung der Bereiche 10) Basis 1970

a) ohne Baden-Württemberg

Erweiterte Kreiszahlen

* Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31. 12. 1978 in km ²	Gemeinden am 31. 12. 1978	Schüler in allgemeinbildenden Schulen im September 1978				
			insgesamt	darunter in			
				Grund- und Hauptschulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gymnasien
FLENSBURG	56,35	1	18 191	8 081	959	3 705	4 869
KIEL	110,34	1	38 491	16 343	2 185	7 399	9 617
LÜBECK	213,97	1	34 506	18 495	1 952	6 499	6 838
NEUMÜNSTER	71,56	1	15 802	7 250	925	2 779	3 341
Dithmarschen	1 394,21	118	23 943	12 893	1 118	5 228	4 115
Hzgt. Lauenburg	1 264,57	133	24 483	13 812	1 049	5 149	4 156
Nordfriesland	2 041,15	137	29 026	16 269	1 257	6 533	4 520
Ostholstein	1 390,48	39	29 817	16 168	1 627	6 207	5 621
Pinneberg	662,25	49	42 661	20 642	1 721	9 726	9 952
Plön	1 081,29	86	19 428	10 574	1 076	3 313	4 105
Rendsburg-Eckernförde	2 185,43	166	41 238	23 159	2 229	8 366	6 284
Schleswig-Flensburg	2 071,20	136	31 278	18 322	1 915	6 329	3 521
Segeberg	1 344,31	95	36 029	19 411	1 716	7 734	6 587
Steinburg	1 055,90	114	22 117	12 412	1 009	4 911	3 577
Stormarn	766,21	55	29 130	14 665	1 096	6 357	6 518
Schleswig-Holstein	15 709,23	1 132	436 140 ^a	228 596	21 834	90 235	83 621

KREISFREIE STADT Kreis	Landtagswahl ¹⁾ am 29. 4. 1979				Milcherzeugung im Jahre 1978		Jahres- milch- leistung 1978 in kg je Kuh
	von den gültigen Stimmen entfielen in % auf				1 000 t	darunter an Molkereien und Händler geliefert in %	
	CDU	SPD	FDP	SSW			
FLENSBURG	37,6	39,9	4,0	16,5	.	.	.
KIEL	41,2	50,2	5,4	0,1	.	.	.
LÜBECK	44,1	48,0	5,2	-	.	.	.
NEUMÜNSTER	44,1	48,7	4,7	-	.	.	.
Dithmarschen	52,8	38,9	5,3	0,0	204	94,9	4 348
Hzgt. Lauenburg	51,0	40,2	6,0	-	98	95,2	4 686
Nordfriesland	50,4	35,1	6,7	4,5	374	95,2	4 703
Ostholstein	50,6	42,0	5,5	-	117 ^b	95,7	5 055
Pinneberg	48,1	42,3	6,9	0,1	111	95,7	4 598
Plön	50,2	41,9	4,9	-	154 ^c	95,9	4 920
Rendsburg-Eckernförde	50,8	39,8	5,7	1,0	392	95,8	4 605
Schleswig-Flensburg	51,0	34,7	4,9	7,0	435 ^d	95,6	4 777
Segeberg	50,9	38,6	7,4	-	214	96,1	4 830
Steinburg	49,4	41,0	4,6	0,0	226	95,8	4 433
Stormarn	50,1	40,3	6,7	-	92	96,2	4 934
Schleswig-Holstein	48,3	41,7	5,7	1,4	2 418	95,6	4 685

1) einschließlich Briefwähler a) Darunter Schüler in vorschulischen Einrichtungen 7 120, integrierten Gesamtschulversuchen 3 629, Abendschulen 1 105
b) einschließlich Lübeck c) einschließlich Kiel und Neumünster d) einschließlich Flensburg, Stadt

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

* Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Viehbestand am 1. Dezember 1978					
	Rindvieh		Schweine		Lege- hennen (einschl. Küken)	Schlacht- und Masthühner (einschl. Küken)
	insgesamt	darunter Milchkühe 1)	insgesamt	darunter Zucht- sauen		
*	*	*	*	*	*	*
FLENSBURG	1 241	354	965	80	10 635	4
KIEL	3 191	945	939	78	19 406	5 039
LÜBECK	4 787	1 541	12 692	1 390	41 442	53
NEUMÜNSTER	4 426	1 774	3 598	526	6 691	3
Dithmarschen	194 004	47 165	110 420	16 834	152 017	106 701
Hzgt. Lauenburg	61 411	20 560	152 121	17 656	224 973	27 399
Nordfriesland	261 830	80 397	191 463	25 719	81 024	1 704
Ostholstein	58 442	20 874	157 660	17 174	287 740	44 556
Pinneberg	73 316	24 238	45 121	5 994	88 499	26 545
Plön	79 226	28 563	98 212	11 940	405 244	166 031
Rendsburg-Eckernförde	239 299	86 226	207 664	26 375	188 984	160 599
Schleswig-Flensburg	279 467	91 210	406 793	34 288	125 919	1 718
Segeberg	121 298	43 740	219 241	20 495	314 103	414 292
Steinburg	154 797	51 516	137 806	14 723	131 165	160 332
Stormarn	48 625	18 423	111 426	11 859	138 905	1 788
Schleswig-Holstein	1 585 360	517 526	1 856 121	205 131	2 216 747	1 116 764

KREISFREIE STADT Kreis	Betriebsgrößenstruktur der Landwirtschaft 1978						
	landwirtschaftliche ²⁾ Betriebe mit 0,5 und mehr ha landw. genutzter Fläche (LF)						
	insgesamt	darunter mit ... bis unter ... ha LF					
2 - 5		5 - 10	10 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr	
*	*	*	*	*	*	*	
FLENSBURG	36	12		10		14	
KIEL	89	24	13	16		14	22
LÜBECK	198	45	33	22	17	35	46
NEUMÜNSTER	97	16	12	9	10	22	28
Dithmarschen	3 273	292	272	459	609	1 034	607
Hzgt. Lauenburg	1 812	191	122	229	295	534	441
Nordfriesland	4 770	445	447	679	926	1 430	843
Ostholstein	1 987	226	109	196	260	480	716
Pinneberg	1 792	352	240	328	301	429	142
Plön	1 805	241	128	242	368	491	335
Rendsburg-Eckernförde	4 208	385	314	622	829	1 189	869
Schleswig-Flensburg	4 730	412	420	685	823	1 466	924
Segeberg	2 492	228	181	369	438	737	539
Steinburg	2 372	221	168	350	473	823	337
Stormarn	1 355	156	99	176	249	382	293
Schleswig-Holstein	31 016	3 245	2 559	4 378	5 612	9 075	6 147

1) ohne Ammen- und Mutterkühe

2) Betriebe, bei denen die landwirtschaftlich genutzte Fläche gleich oder größer als 10 % der Waldfläche ist

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

* Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT	Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe 1) am 30. 9. 77		Verarbeitende Industrie 1977 ²⁾						
			Betriebe 2)	Beschäftigte (einschl. Auszubildende)		geleistete Arbeiterstunden in 1 000	Löhne und Gehälter (brutto)		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		insgesamt	davon		insgesamt	darunter Löhne	
			Ange-stellte ³⁾		Arbeiter	1 000 DM			
Kreis			im Durchschnitt des Jahres						
FLENSBURG	9 537	105,3	48	8 688	2 101	6 587	12 280	223 249	153 722
KIEL	28 045	109,2	99	25 747	8 565	17 182	29 438	711 468	420 008
LÜBECK	27 976	122,5	104	25 037	6 967	18 070	32 578	668 452	440 224
NEUMÜNSTER	11 014	132,4	50	9 891	2 398	7 493	12 814	266 577	185 305
Dithmarschen	6 374	48,9	46	5 456	1 291	4 165	8 198	151 346	105 401
Hzgt. Lauenburg	9 427	61,8	69	8 027	1 969	6 058	11 224	208 122	144 297
Nordfriesland	3 493	21,6	23	2 410	446	1 964	3 851	62 969	48 823
Ostholstein	6 649	35,4	48	4 897	1 488	3 409	6 053	113 447	67 518
Pinneberg	23 962	93,8	154	21 355	7 687	13 668	25 506	600 196	323 775
Plön	3 045	26,5	30	2 242	640	1 602	3 040	57 403	36 743
Rendsburg-Eckernförde	12 281	51,2	80	10 111	2 074	8 037	14 940	252 412	186 025
Schleswig-Flensburg	5 683	31,9	43	4 102	825	3 277	6 448	99 337	72 976
Segeberg	15 521	77,6	126	13 031	4 363	8 668	16 096	371 298	214 428
Steinburg	11 135	85,8	71	9 741	1 928	7 813	13 635	279 773	206 942
Stormarn	16 068	89,7	102	14 175	4 243	9 932	18 161	419 652	267 756
Schleswig-Holstein	190 210	73,5	1 089	164 912	47 010	117 902	214 266	4 485 692	2 873 937

KREISFREIE STADT	Noch: Verarbeitende Industrie 1977 ²⁾						
	Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)		Kohle-verbrauch	Heizölverbrauch		Gas-verbrauch ⁵⁾	Strom-verbrauch
	insgesamt	darunter Auslandsumsatz		insgesamt	darunter schweres Heizöl		
			1 000 DM			in t SKE ⁴⁾	t
FLENSBURG	1 270 031	345 496	.	34 851	29 399	148	97 457
KIEL	2 801 254	1 372 891	.	33 826	12 032	5 877	156 795
LÜBECK	2 874 421	818 755	.	42 022	19 292	106 341	279 715
NEUMÜNSTER	773 588	186 743	.	11 268	.	6 236	141 604
Dithmarschen	2 110 461	268 153	.	319 996	312 365	160	307 105
Hzgt. Lauenburg	782 878	125 629	.	18 457	9 440	2 955	61 807
Nordfriesland	562 745	69 201	.	3 468	.	.	18 272
Ostholstein	723 024	107 642	2 250	12 831	10 448	6 160	37 669
Pinneberg	2 708 315	481 843	.	73 913	43 090	29 142	276 497
Plön	309 024	30 702	.	3 805	.	.	28 357
Rendsburg-Eckernförde	1 391 599	270 121	.	37 789	17 437	857	84 425
Schleswig-Flensburg	951 136	99 048	.	50 907	38 587	.	75 251
Segeberg	1 785 432	254 828	.	22 636	2 722	49 962	129 287
Steinburg	1 603 342	106 224	.	259 428	244 785	.	353 552
Stormarn	3 288 363	331 697	.	28 363	9 632	5 205	135 970
Schleswig-Holstein	23 935 622	4 868 981	166 931	953 560	753 687	322 203	2 183 765

1) in Industriebetrieben jeder Größe sowie Betrieben von Unternehmen des Handwerks mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 3) einschließlich tätiger Inhaber 4) 1 t Steinkohle-Einheit (SKE) ≙ 1 t Steinkohle ≙ 1 t Steinkohlenbriketts ≙ 1,03 t Steinkohlenkoks ≙ 1,46 t Braunkohlenbriketts ≙ 3,85 t Rohbraunkohle

5) Umgerechnet auf einen Heizwert von 35 169,12 kJ/m³

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

* Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnungsbestand am 31. 12. 1978		Fertiggestellte Wohngebäude 1978		Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾ 1978		
	Wohn- gebäude	Wohnungen	insgesamt	darunter Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen	insgesamt	und zwar	
						in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	öffentlich voll- und teilgefördert
FLENSBURG	11 851	41 561	235	214	476	221	10
KIEL	27 634	113 222	354	332	797	338	55
LÜBECK	34 875	102 125	216	205	513	224	15
NEUMÜNSTER	14 476	35 819	169	150	313	155	52
Dithmarschen	36 527	53 015	545	526	707	547	72
Hzgt. Lauenburg	34 056	63 218	689	667	1 050	734	60
Nordfriesland	43 031	70 699	810	749	1 517	895	57
Ostholstein	40 886	82 876	769	710	1 370	783	52
Pinneberg	49 448	103 751	1 341	1 319	1 642	1 390	61
Plön	26 357	45 635	515	505	640	547	24
Rendsburg-Eckernförde	53 164	93 198	1 080	1 070	1 302	1 130	85
Schleswig-Flensburg	41 542	65 767	1 137	1 118	1 434	1 184	109
Segeberg	41 788	76 280	1 498	1 466	1 981	1 564	68
Steinburg	30 666	53 646	563	546	680	568	58
Stormarn	37 906	71 599	1 172	1 137	1 775	1 237	28
Schleswig-Holstein	524 207	1 072 411	11 093	10 714	16 197	11 517	806

KREISFREIE STADT Kreis	Noch: Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾ 1978					Fertig- gestellte Wohnräume ¹⁾ 1978 insgesamt mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen	Bauüberhang am 31.12.1978	
	von den Wohnungen hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen						Wohnungen	
	1 und 2	3	4	5	6 und mehr		im Bau ²⁾	noch nicht begonnen
FLENSBURG	100	84	86	107	99	1 987	480	80
KIEL	305	23	113	208	148	2 884	1 026	720
LÜBECK	147	66	90	108	102	2 031	657	199
NEUMÜNSTER	9	25	86	80	113	1 577	403	51
Dithmarschen	82	63	124	172	266	3 533	1 010	131
Hzgt. Lauenburg	44	95	277	350	284	5 276	1 188	334
Nordfriesland	365	237	276	325	314	6 482	1 520	328
Ostholstein	253	167	325	318	307	6 115	1 502	341
Pinneberg	42	103	289	724	484	8 363	1 990	439
Plön	34	33	107	218	248	3 398	759	273
Rendsburg-Eckernförde	86	55	204	430	527	6 713	1 993	366
Schleswig-Flensburg	41	125	288	480	500	7 467	1 385	236
Segeberg	72	166	355	763	625	10 224	1 647	743
Steinburg	6	43	118	291	222	3 522	581	187
Stormarn	196	139	337	625	478	8 520	2 005	627
Schleswig-Holstein	1 782	1 424	3 075	5 199	4 717	78 092	18 146	5 055

1) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

2) Unter Dach und noch nicht unter Dach, einschließlich bezogener Wohnungen in noch nicht fertiggestellten Gebäuden

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

* Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Straßen (ohne Gemeindestraßen) am 1. 1. 1979					Straßenverkehrsunfälle 1978			
	insgesamt	davon				Unfälle mit Personenschaden	verunglückte Personen	darunter	
		Bundesautobahnen	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen			Getötete	Schwerverletzte
Länge in km (einschl. Ortsdurchfahrten)									
FLensburg	85	8	16	20	40	568	734	10	171
KIEL	141	9	46	16	70	1 558	1 924	25	389
LÜBECK	166	12	43	17	93	1 605	1 918	36	481
NEUMÜNSTER	71	3	24	15	28	638	801	19	134
Dithmarschen	841	-	153	367	321	976	1 307	42	415
Hzgt. Lauenburg	726	-	158	278	290	1 047	1 391	39	443
Nordfriesland	1 333	-	168	626	539	1 382	1 913	50	571
Ostholstein	721	36	202	238	246	1 582	2 237	66	662
Pinneberg	343	23	70	179	72	1 759	2 234	38	582
Plön	516	7	140	163	206	776	1 064	40	230
Rendsburg-Eckernförde	1 198	72	272	397	458	1 764	2 450	55	676
Schleswig-Flensburg	1 347	47	210	500	591	1 077	1 639	55	440
Segeberg	884	37	205	258	383	1 642	2 345	74	575
Steinburg	642	-	165	239	238	951	1 288	27	413
Stormarn	620	52	112	202	254	1 262	1 718	57	385
Schleswig-Holstein	9 632	306	1 983	3 515	3 829	18 587	24 963	633	6 567

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoinlandsprodukt 1976 insgesamt in Mill. DM	Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche 1976				Bruttoinlandsprodukt 1976	
		Land- und Forstwirtschaft	warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienstleistungen	DM je Kopf der	
						Wohnbevölkerung	Wirtschaftsbevölkerung
%							
FLensburg	2 071	0,2	35,9	19,8	44,2	22 340	.
KIEL	5 647	0,2	28,2	18,4	59,2	21 660	.
LÜBECK	4 350	0,6	44,0	17,1	38,4	18 810	.
NEUMÜNSTER	1 481	0,7	36,1	16,3	47,0	17 550	.
Dithmarschen	2 088	13,0	43,5	13,2	30,3	15 980	.
Hzgt. Lauenburg	1 663	10,6	37,8	10,4	41,2	10 960	.
Nordfriesland	2 227	15,1	22,0	14,4	48,5	13 810	.
Ostholstein	2 119	11,6	24,8	13,0	50,6	11 330	.
Pinneberg	3 485	6,2	43,9	15,6	34,3	13 780	.
Plön	1 071	17,3	27,6	9,6	45,4	9 410	.
Rendsburg-Eckernförde	3 145	12,0	40,8	10,9	36,3	13 250	.
Schleswig-Flensburg	2 306	17,9	28,6	11,5	42,0	13 000	.
Segeberg	2 481	9,3	43,2	13,8	33,7	12 670	.
Steinburg	2 117	10,0	31,9	11,9	46,2	16 280	.
Stormarn	3 264	4,0	56,3	11,6	28,1	18 600	.
Schleswig-Holstein	39 525	7,2	37,1	14,4	41,2	15 300	.

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

* Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis		Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände					
		Steuern und steuerähnliche Einnahmen 1978 ¹⁾					
		Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt (netto)		Gemeinden			
				zusammen (netto)		Grundsteuer A 2)	Grundsteuer B 3)
		1 000 DM	DM je Einw. ⁴⁾	1 000 DM	DM je Einw. ⁴⁾	1 000 DM	
*	*	*	*	*	*	*	*
FLENSBURG	70 036	781	70 036	781	43	8 334	
KIEL	223 763	878	223 763	878	136	31 104	
LÜBECK	185 462	821	185 462	821	232	23 426	
NEUMÜNSTER	57 532	698	57 532	698	85	7 852	
Dithmarschen	63 328	486	61 517	472	2 809	7 730	
Hzgt. Lauenburg	70 968	464	68 507	448	1 878	9 847	
Nordfriesland	76 342	476	71 274	445	3 567	11 098	
Ostholstein	93 197	495	84 586	449	2 888	14 030	
Pinneberg	169 054	659	163 287	636	1 816	19 439	
Plön	50 314	437	48 063	417	2 093	6 446	
Rendsburg-Eckernförde	105 043	436	101 561	422	3 628	13 664	
Schleswig-Flensburg	67 477	377	64 731	362	3 482	7 905	
Segeberg	109 385	541	105 710	523	1 856	12 198	
Steinburg	67 859	524	65 480	506	2 022	8 370	
Stormarn	106 263	586	102 481	565	1 224	12 401	
Schleswig-Holstein	1 516 031	585	1 473 990	569	27 759	193 841	

KREISFREIE STADT Kreis		Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände				
		noch: Steuern und steuerähnliche Einnahmen 1978 ¹⁾				
		noch: Gemeinden				
		Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital			Lohnsummensteuer	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
Aufkommen	Gewerbsteuerumlage	Einnahmen				
1 000 DM						
*	*	*	*	*	*	
FLENSBURG	41 332	13 868	27 464	-	30 143	
KIEL	80 400	27 366	53 034	31 078	100 972	
LÜBECK	77 332	27 655	49 677	29 063	73 124	
NEUMÜNSTER	21 034	8 686	12 348	8 224	25 146	
Dithmarschen	32 415	11 809	20 606	-	29 905	
Hzgt. Lauenburg	26 331	12 366	13 965	2 355	39 767	
Nordfriesland	34 913	14 067	20 846	541	33 734	
Ostholstein	33 919	12 814	21 105	36	44 636	
Pinneberg	76 904	28 995	47 909	3 638	85 701	
Plön	17 440	7 066	10 374	1 252	27 141	
Rendsburg-Eckernförde	44 271	17 969	26 302	120	56 741	
Schleswig-Flensburg	29 590	11 489	18 101	-	34 302	
Segeberg	63 371	24 320	39 051	-	51 972	
Steinburg	33 325	12 521	20 804	704	33 012	
Stormarn	55 568	21 192	34 376	292	53 510	
Schleswig-Holstein	668 149	252 179	415 970	77 303	719 804	

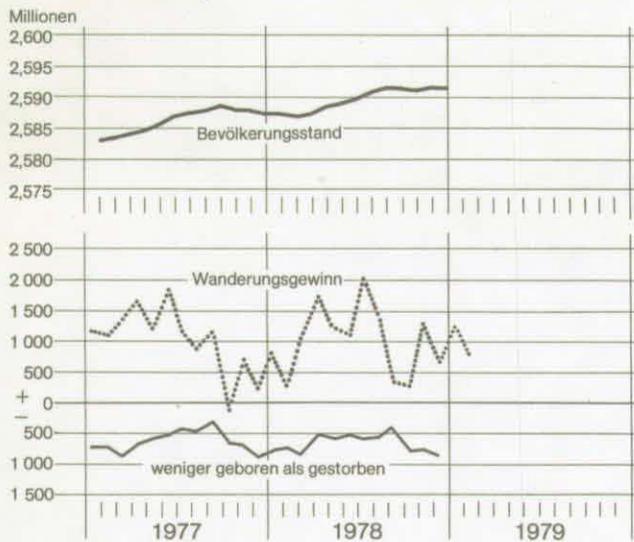
1) Kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik 2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

3) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten 4) Bevölkerungsstand 30. 6.

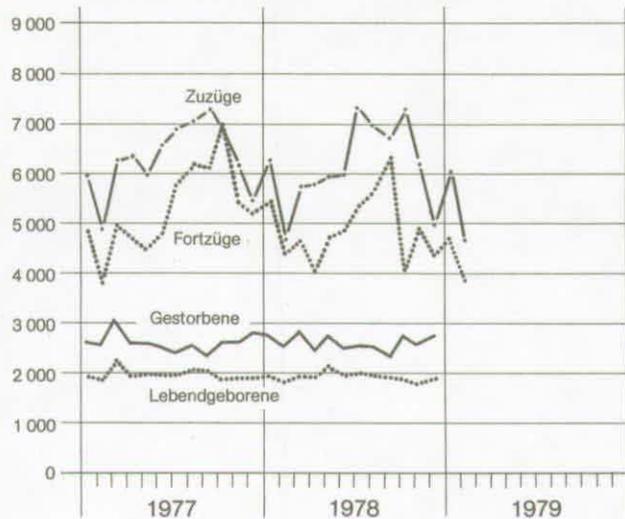
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN • A

Teil B — in den Heften der geradzahigen Monate — enthält: Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

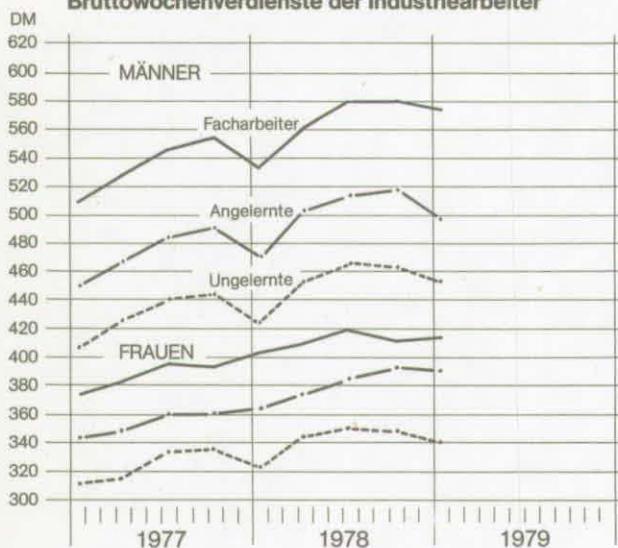
Bevölkerung



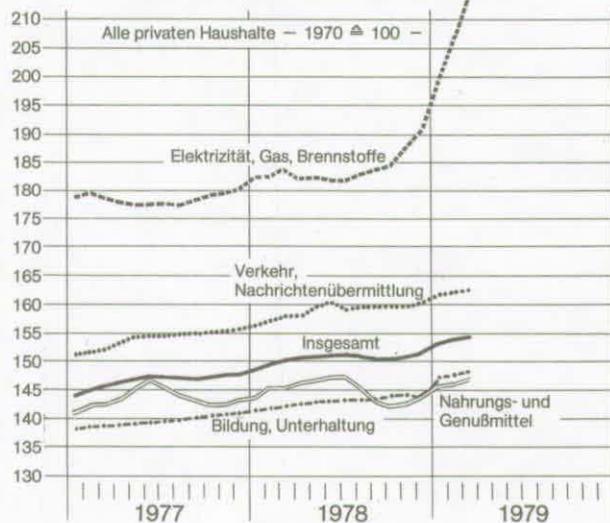
Bestandteile der Bevölkerungsentwicklung



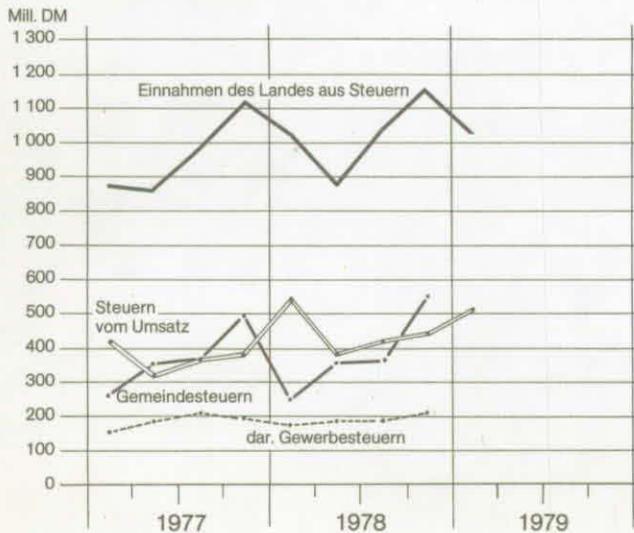
Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steueraufkommen



Kredite an Wirtschaft und Private

